

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

September 2020

LIBANON

Nach der katastrophalen
Explosion ist Wandel
nötiger denn je

PAKISTAN

Fortschritte in Richtung
Klimaziele sind kein
Grund für Atempause

AFGHANISTAN

Staat war lange
fragil – und so
bleibt das auch



**Bedeutungen
von Entwicklung**

SCHWERPUNKT

Bedeutungen
von Entwicklung

Von „Unterentwicklung“ zu den SDGs

Mahwish Gul, eine pakistanische Beraterin für Entwicklungsmanagement, zeichnet die Geschichte internationaler Entwicklungsdebatten nach. Sie erläutert zudem, was die SDGs für Frauen in Pakistan bedeuten. **SEITE 15**

Kohärente Agenda

Die UN haben der Debatte über internationale Entwicklungspolitik mehrfach richtungsweisende Impulse gegeben. Achim Steiner, der das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) leitet, erläutert im Interview die Begriffe „menschliche Entwicklung“ und „nachhaltige Entwicklung“. Belay Begashaw vom Zentrum für Nachhaltige Entwicklungsziele für Afrika (SDGC/A) betont, dass Afrika dringend Entwicklung braucht, um nicht noch weiter zurückzufallen. **SEITEN 17, 19**

Auf Ausbeutung basierend

Ndongo Samba Sylla von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar argumentiert, dass Westeuropa und Nordamerika aus Umweltgründen keine Entwicklungsmodelle sein können. Julia Schöneberg und Aram Ziai von der Universität Kassel halten den Entwicklungsbegriff generell für fragwürdig, da er falsche Versprechen mache und koloniales Dominanzdenken fortsetze. Und Korinna Horta von der Universität Lissabon wirft der Weltbank vor, ihre eigenen Standards nicht zu erfüllen. **SEITEN 21, 22, 24**

Indigener Entwicklungsbegriff

Das Prinzip Buen Vivir (gutes Leben) leitet sich aus der Weltanschauung indigener Andenvölker ab. Philipp Altmann von der Zentraluniversität von Ecuador in Quito erklärt seine Entwicklung und seinen Einfluss innerhalb Ecuadors, aber auch auf internationale Debatten. **SEITE 25**

Warum Steuern wichtig sind

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll nachhaltige Entwicklung fördern. Da sie sich gelegentlich als dysfunktional erweist, werden neue Ansätze erprobt. EZ dürfe sich nicht negativ auf die Qualität der Regierungsführung auswirken, fordern Hildegard Lingnau, BMZ-Beamtin und ehemalige WZ-Referentin in Kenia, sowie Julia Schnatz vom gemeinnützigen Centre for Public Impact. **SEITE 27**

Monitor

DEG misst Entwicklungswirkung von Privatunternehmen | Schwieriger Wiederaufbau in Syrien | Wie Kinder für Terrororganisationen rekrutiert werden | Heutzutage: 12 Millionen Brasilianer leiden unter Depressionen | Impressum **4**

Debatte

Kommentare über die aktuelle Lage nach der Explosionskatastrophe in Beirut und Pakistans Erfolg in Hinsicht auf Klimaziele | Leserbrief **9**

Tribüne

NAWID PAIGHAM

Afghanistans Staatsscheitern geht bis auf die Besatzung durch die Sowjetunion zurück **12**

Schwerpunkt: Bedeutungen von Entwicklung

MAHWISH GUL

Menschen im globalen Süden sehen den westlichen Entwicklungsbegriff kritisch **15**

INTERVIEW MIT ACHIM STEINER

Wie „menschliche“ und „nachhaltige“ Entwicklung konzeptionell zusammenpassen **17**

BELAY BEGASHAW

Um nicht noch weiter zurückzufallen, braucht Afrika schnelle Entwicklung **19**

NDONGO SAMBA SYLLA

Der Westen kann aus Umweltgründen kein Entwicklungsmodell sein **21**

JULIA SCHÖNEBERG UND ARAM ZIAI

Der Begriff „Entwicklung“ macht falsche Versprechen und setzt koloniales Dominanzdenken fort **22**

KORINNA HORTA

Weltbank unterstützt Projekte, die ihre eigenen Standards nicht erfüllen **24**

PHILIPP ALTMANN

Der indigene Entwicklungsbegriff des Buen Vivir zielt auf materielle, soziale und spirituelle Zufriedenheit aller **25**

HILDEGARD LINGNAU UND JULIA SCHNATZ

Es braucht Alternativen zu konventioneller staatlicher Entwicklungspolitik **27**

FRANK BLISS

Fachliteratur: Schönhuth und Jerrentrup zu partizipativen Methoden **30**

Covid-19-Tagebuch

Covid-19 und die Klimakrise sind miteinander verbunden | Extrem steigende Infektionszahlen in Indien | Zunahme an ungewollten Schwangerschaften mangels Verhütungsmittel in Simbabwe | Pakistans Mangoproduzenten leiden unter Klimaveränderungen und Exporteinbrüchen **31**

Die zentrale Entwicklungsaufgabe

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang der Wiederaufbau Westeuropas erstaunlich schnell. Zu sagen, ein paar großzügige Infrastrukturkredite hätten gereicht, um ihn in Gang zu setzen, ist nicht allzu übertrieben. Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande – alle erlebten drei Jahrzehnte lang Wirtschaftswunder.

Westliche Politiker dachten dann, Infrastrukturdarlehen könnten ähnlich spektakuläre Erfolge in den Ländern auslösen, die sie für „unter“-entwickelt hielten. Die Infrastrukturdarlehen sollten ehemalige Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika gegen kommunistische Versuchungen immunisiert werden. Das funktionierte aber nicht. Allzu viele Länder brauchten ständig neue Kredite, ohne ihren Lebensstandard zu steigern. Ab Ende der 1970er Jahre wurde Überschuldung zu einem riesigen Problem.

Genetisch sind Menschen überall gleich programmiert. Es gibt keinen biologischen Grund, weshalb Entwicklung in Afrika weniger glatt lief als Wiederaufbau in Europa. Völlig unterschiedlich aber war die Gesellschaftsstruktur, und das ist teils bis heute so. Europas Nationen waren – ob sie auf der Seite der Nazis oder der Siegermächte gestanden hatten – funktional differenziert. Das bedeutet, dass soziale Funktionssysteme eigenlogisch operierten. Es gab professionelle Rechtssysteme, kompetente Verwaltungen, allgemeine Schulpflicht, funktionierende Kapitalmärkte, forschungsfähige Universitäten, allgemeine Krankenversorgung und so weiter. Weder Feudal- noch Kolonialherren bauen derlei in ausreichendem Maße auf.

Einigen Ländern gelang es, mit Entwicklungskrediten die funktionale Differenzierung voranzutreiben. Südkorea ist ein Beispiel, und es gehört nun als Demokratie zum Club der reichen Nationen. Typisch war aber ein anderes Szenario. Allzu oft übernahm eine kleine Elite die Kontrolle des kaum reformierten kolonialen Staatsapparats und beutete das jeweilige Land aus. Volkswirtschaften blieben auf Rohstoffproduktion ausgerichtet, Korruption weit verbreitet und Gesundheits- und Bildungswesen vernachlässigt.

Manche orthodoxen Ökonomen wollen es nicht wahrhaben, aber ohne angemessene gesellschaftliche Einbettung florieren Märkte nun mal nicht. Sie brauchen ein Mindestmaß an Rechtssicherheit, solider Regierungsführung, sozialer Sicherung und so weiter.

Seit den Wirtschaftswundern haben die ständig weiter gewachsenen Volkswirtschaften der reichen Nationen derweil neue Probleme geschaffen. Das bedrohlichste ist Umweltzerstörung. Allein schon wegen der immensen CO₂-Emissionen müssen wir heute die reichsten Länder als überentwickelt bezeichnen. Die destruktiven Trends gilt es zu stoppen, wenn unsere Spezies eine gute Zukunft haben soll.

Dass die UN 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) beschlossen, war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Diese Agenda ist sehr anspruchsvoll, im Prinzip aber machbar. Wir brauchen dafür starke und kompetente Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Sie zu schaffen ist die zentrale Entwicklungsaufgabe. Armut lässt sich nur mit dynamischen Volkswirtschaften beenden – und ohne Einbettung in die nötigen Institutionenlandschaft kann es nicht gelingen.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Fotos: picture-alliance/Photoshot; Liu Heung Shing/picture-alliance/AP Images

Debatte



Es braucht weitreichende Veränderung

Seit der Explosionskatastrophe im Libanon herrscht in dem Land der Ausnahmezustand. Es ist zu befürchten, dass dieser zeitlich begrenzte Schritt zum Dauerzustand wird und der Beginn von totalitären Strukturen sein könnte. Dabei braucht das Land einen wirklichen Neuanfang, fordert die in Beirut lebende Journalistin Mona Naggar. Die Frage ist, wie das bisherige konfessionelle System ersetzt werden könnte. **SEITE 9**

Kein Grund zum Ausruhen

Laut dem Sustainable Development Report 2020 hat Pakistan SDG 13 zum Klimaschutz erfüllt. Das ist eine große Leistung, ändert aber nichts an der Verantwortung der Regierung, die Emissionen zu reduzieren, erklärt der pakistanische Umweltjournalist Syed Muhammad Abubakar. **SEITE 10**

Tribüne



Kein Ende des Chaos in Sicht

Die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan 1979 und ihre zehnjährige Herrschaft haben den Abstieg des Landes in Armut und Gesetzlosigkeit eingeleitet. Afghanistan hat noch immer keinen Frieden gefunden. Die Menschen haben den Glauben an Institutionen und Regierung verloren, analysiert der Politik- und Wirtschaftsanalyst Nawid Paigham. **SEITE 12**

SDGS

Ohne Privatwirtschaft läuft nichts

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – berät und finanziert Unternehmen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv sind. Um die Entwicklungswirkungen ihrer Investitionen zu belegen, veröffentlicht die KfW-Tochter jährlich einen entsprechenden Bericht. DEG-Abteilungsleiterin Christiane Rudolph erläutert in E+Z/D+C die wichtigsten Ergebnisse und berichtet über die Auswirkungen von Covid-19 auf die Unternehmen.

Christiane Rudolph im Interview mit Sabine Balk

Was ist die wichtigste Botschaft des Berichts?

Ich finde, das ist die Aussage, dass es nicht möglich ist, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ohne den Privatsektor zu erreichen. Seine Wirkung ist immens. Allein die DEG unterstützt mit einem Portfolio von knapp 9 Milliarden Euro Unternehmen, die 2019 2,1 Millionen Beschäftigte hatten und mehr als 92 Milliarden Euro lokales Einkommen generierten.

Wie entwickeln sich Ihre Unternehmen?

Das ist durchaus unterschiedlich. Wir können anhand der von uns von jedem einzelnen Unternehmen erhobenen Daten die Dynamik der Entwicklung abbilden und den Fortschritt zeigen. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir diese Daten haben. Es gibt nur wenige internationale Institutionen, die dazu in der Lage sind. Wir haben auch den Mut, zu zeigen, dass 40 Prozent der von uns finanzierten Unternehmen ihre Entwicklungswirkung noch nicht verbessern konnten. 60 Prozent der Unternehmen konnten diese aber verbessern. Für beides gibt es jede Menge Gründe. Wir können jedem einzelnen Kunden seine individuellen Daten zurückspeiegeln und darüber sprechen, wie er in bestimmten Entwicklungskategorien performt, und ob es Möglichkeiten gibt, mit DEG-Hilfe besser zu werden. Ein Beispiel ist ein Pharmaunternehmen in Indien. Das hat sich im Rating sehr verbessert, weil es inzwischen internationale Arbeitsstan-

dards erfüllt. Ein Unternehmen, das sich verschlechtert hat, ist zum Beispiel ein Agrarunternehmen in Costa Rica. Das leidet wegen des Klimawandels unter extremen Ernteausfällen. Dadurch schwindet das lokale Einkommen, das natürlich auch ein Teil der Entwicklungswirksamkeit darstellt.

Wie misst die DEG die Wirksamkeit?

Wir nutzen dafür die von uns entwickelte Methode, das Development Effectiveness Rating (DERa) (siehe hierzu meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2017/10). Im DERa werden jährlich für jeden Kunden quantitative und qualitative Indikatoren zur Entwicklungsmessung erhoben und in fünf Bereiche zusammengefasst:

- gute und faire Beschäftigung,
- lokales Einkommen,
- Entwicklung von Märkten und Sektoren,
- umweltverträgliches Wirtschaften und
- Nutzen für lokale Gemeinden.

Mit diesen Daten können wir die Entwicklung über die Jahre sichtbar machen und sehen, welche Bereiche in Zukunft erfolversprechend sind und wo Handlungsbedarf besteht. Resilienz gegen Schocks wie Ernteausfälle wird zum Beispiel immer wichtiger. Die DERa-Daten zeigen uns auch,

wie sich die Corona-Pandemie auf die Unternehmen auswirkt. Spannend in der Analyse wird auch sein, wie die Privatunternehmen die Volkswirtschaften möglicherweise wieder aus dem Tief herausführen können.

Was können Sie bislang zu den Covid-19 Auswirkungen sagen?

Sicher ist, dass die Pandemie Entwicklungs- und Schwellenländer schwerer als reiche Länder trifft und viele unserer Kunden tiefe Einbrüche zu erwarten haben. Die Internationale Arbeitsorganisation rechnet mit einem Verlust von 2,7 Milliarden Arbeitsplätzen weltweit. Anhand unserer Daten erwarten wir, dass 35 Prozent der Arbeitsplätze unserer Unternehmen stark gefährdet sind, das betrifft 830 000 Jobs. Wir können jetzt anhand unserer Daten eine erste pauschale Überschlagsrechnung aufstellen, wie schwer die Folgen sein werden. Wie es dann tatsächlich kommt, können wir erst in ein bis zwei Jahren sagen. Wir haben aber bereits Maßnahmen entwickelt, um die Corona-Folgen abzufedern, die auch vom BMZ gefördert werden.

Welche sind das?

Es gibt zusätzliche Förderprogramme im Bereich Gesundheit und für Lohnfortzahlung, etwa in der Textilbranche in Bangladesch oder in Tunesien. Im Gesundheitsbereich fördern wir zum Beispiel eine Gesundheitsstation in Peru, die gerade fertig wurde. Diese konnte jetzt schnell so umgestaltet werden, dass sie auf Covid reagieren kann. Wir bieten auch Liquiditätsunterstützung an. Das Unternehmen nimmt dabei fak-



Mitarbeiterinnen eines Automobilzulieferers aus Vietnam, den die DEG mitfinanziert hat.

tisch einen weiteren Kredit auf, mit dem es in der Lage ist, Lohnfortzahlung zu leisten oder Ähnliches abzufedern. Unser Vorteil ist, dass wir in sehr engem Kontakt mit unseren Unternehmen stehen und gezielt abfragen, wo wir helfen können. Selbst wenn Entlassungen nicht mehr vermeidbar sind, können wir Hilfe anbieten, wie dies gemäß internationaler Standards ablaufen kann. Wir werden unsere Covid-19-Response-Maßnahmen noch fortführen.

Unabhängig von Corona ist ein Ziel der DEG, mehr Frauen in Beschäftigung zu bekommen. Warum ist das wichtig?

Frauenförderung hat enorme Hebelwirkung für die Entwicklung einer Gesellschaft, das belegen zahlreiche Studien. Die DEG unterstützt eine 2018 gegründete internationale Initiative der Entwicklungsfinanzierer der G7-Staaten, die sich „2X Challenge“ nennt. Wir haben in den vergangenen Monaten sehr viel daran gearbeitet. Das Ziel, gemeinsam bis Ende 2020 insgesamt 3 Milliarden US-Dollar für Unternehmen zu mobilisie-

ren, die sich im Besitz von Frauen befinden, von Frauen geführt werden oder Frauen als Mitarbeiterinnen fördern, konnte bereits mit 4,5 Milliarden US-Dollar übertroffen werden. Besonders spannend ist auch der Aspekt, Frauen als Kundinnen zu berücksichtigen. Viele Unternehmen haben zu wenig Fokus auf diesem Thema – und machen auch keine spezifischen Angebote für Frauen. Wir schauen bei der Auswahl unserer Investitionsvorhaben, wie viel Genderpotenzial sie haben. Wir haben vergangenes Jahr einen Gender Bond einer thailändischen Bank gezeichnet, und wir haben ein erfolgreiches Beratungsprogramm – das nennen wir Gender Smart Opportunity Assessment – etabliert. Das richtet sich an Finanzinstitutionen, denen wir Beratung dazu anbieten, wo sie noch Potenziale für Frauen erschließen können. Da gibt es ermutigende Ergebnisse: Ein Kunde aus Mexiko war so begeistert, dass er sein Geschäftsmodell stärker auf Frauenförderung ausrichten möchte. Wir arbeiten jetzt mit ihm daran, wie das funktionieren könnte.

Wie funktioniert der Gender Bond?

Der angesprochene Bond wurde von einer thailändischen Bank begeben, die Emission fand im Oktober 2019 statt. Investoren können über dieses Instrument von Frauen geführte, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Thailand fördern. Ziel ist, dass diese besseren Zugang zu Finanzierungen erhalten.

LINK

DEG, 2020: Verantwortungsvoll wirtschaften – Mehrwert schaffen:
https://www.deginvest.de/DEG-Dokumente/Über-uns/Was-wir-bewirken/Entwicklungspolitischer_Bericht_2019_DE.pdf



CHRISTIANE RUDOLPH
ist Abteilungsleiterin Strategie und entwicklungspolitische Grundsätze bei der DEG.

christiane.rudolph@deginvest.de

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



SYRIEN

Schwieriger Wiederaufbau

Syrien steht vor enormen Herausforderungen. Welche diese sind und wie die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten zu einer Stabilisierung des Landes beitragen können und sollen, analysiert eine kürzlich erschienene Studie.

Von Dagmar Wolf

Obwohl die Kampfhandlungen noch andauern, sei der Krieg in Syrien längst militärisch zugunsten des Regimes entschieden, schreibt Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Im Frühjahr 2020 kontrollierte das Regime von Baschar al-Assad mit seinen Verbündeten bereits zwei Drittel des Landes, und es sei absehbar, dass sie auch das verbleibende Gebiet zurückerobern würden.

Eine Stabilisierung des kriegsgebeutelten Landes sei allerdings nicht in Sicht. Es gäbe weder eine verhandelte Konfliktregelung noch Befriedung und Aussöhnung. Der nun seit über neun Jahren andauernde Krieg, der im Januar 2011 mit der gewaltsamen Niederschlagung einer Demokratiebewegung begann, hat katastrophale Folgen, betont die Autorin. Hierzu zählen, neben der Zerstörung von Häusern und Infrastruktur, der beträchtliche Verlust an Arbeits- und Fachkräften, der Zerfall der Wirtschaft und der Zusammenbruch staatlicher Versorgungsleistungen.

Doch angesichts der Politik der syrischen Regierung, der geopolitischen Interessen der Regional- und Großmächte, aber auch aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sei es unwahrscheinlich, dass für den Wiederaufbau des Landes ausreichend Mittel zur Verfügung stünden – und vor allem, dass diese dem Bedarf der Bevölkerung entsprechend eingesetzt werden.

Andererseits habe der Wiederaufbau längst begonnen, schreibt die Autorin – allerdings nicht im Sinne der gesamten syrischen Bevölkerung. Für das Assad-Regime habe die Festigung der Herrschaft oberste Priorität. Ziel sei es, ein Patronagenetzwerk aus alten und neuen Regime-Unterstützern aufzubauen und zu festigen und so den in Gang gesetz-

ten Bevölkerungsaustausch zu zementieren. Dieser punktuelle Aufbau sei vielmehr eine Fortsetzung des Krieges auf anderer Ebene. Anstatt zu versöhnen, vertiefte er alte, sozio-politische Konfliktlinien. Auch die in Syrien involvierten Regional- und Großmächte verfolgten ihre eigenen geostrategischen Interessen und setzten ebenso den Krieg mit anderen Mitteln fort.

Die EU hatte ihr bisheriges Engagement für einen Wiederaufbau in Syrien von der politischen Öffnung des Landes abhängig gemacht und sich auf die Notversorgung der Bevölkerung sowie auf Sanktionen beschränkt. Diese Strategie hätte allerdings nicht zu der gewünschten Verhaltensänderung der Regierung geführt. Vielmehr stünde sie einem Wiederaufbau sogar im Weg, resümiert Asseburg. Angesichts der katastrophalen Lebensbedingungen und der Not der Bevölkerung in weiten Teilen des Landes sei es dringend geboten, diese Haltung zu überdenken.

Die Studie empfiehlt der EU unter anderem:

- auf eine bessere Koordination der internationalen Hilfe zu dringen, deutlich

stärker diplomatisch aktiv zu werden und zum Schutz der Zivilbevölkerung auf ein Krisenmanagement und temporäre Arrangements hinzuwirken;

- sektorale Sanktionen abzubauen, die einem Wiederaufbau im Weg stehen, und stattdessen Unterstützung bei der Rehabilitation von Basisinfrastruktur (zum Beispiel Bildung, Gesundheit, Strom und Wasser) auch in den Gebieten anbieten, die unter der Kontrolle des Regimes stehen.

Da eine nachhaltige Stabilisierung nur durch tiefgreifende Reformen zu erreichen sei, sollte die EU ihren 2017 vorgestellten „More for more“-Ansatz – das heißt europäisches Entgegenkommen im Gegenzug zu Verhaltensänderungen auf Seiten des syrischen Regimes – weiter vorantreiben und einen Pfad der Annäherung aufzeigen.

Die Studie stellt klar, dass es keine völlige Normalisierung des Verhältnisses zu den Spitzen des Regimes geben sollte. Die EU müsse auf eine strafrechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, schweren Menschenrechtsverletzungen und den Einsatz international geächteter Waffen dringen.

LINK

Asseburg, M., 2020: Wiederaufbau in Syrien. Herausforderungen und Handlungsoptionen für die EU und ihre Mitgliedstaaten. SWP-Studie https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2020S07_Syrien.pdf



Durch die Zerstörung von Schulen und den dramatischen Verlust an Lehrkräften wächst derzeit eine „verlorene Generation“ heran: Durch einen russischen Angriff im März 2020 zerstörte Schule östlich von Idlib.



Kindersoldaten der Revolutionary United Front (RUF) in Sierra Leone.

BÜRGERKRIEGE

Kinder in Terrororganisationen

Immer mehr terroristische Organisationen rekrutieren Kinder. Warum das so ist, wie sie das tun und welche Aufgaben Kinder dort haben, erklärt das Buch „Small Arms“.

Von Dagmar Wolf

Kindern war es in der Vergangenheit weitestgehend verboten, aktiv an Kriegen teilzunehmen. Doch das änderte sich im 20. Jahrhundert, als Kinder bei nationalen und kolonialen Befreiungskämpfen eingesetzt wurden, schreiben Mia Bloom und John Horgan von der Georgia State University in ihrem Buch „Small Arms. Children and Terrorism“. In den vergangenen 20 Jahren habe die Zahl von Kindersoldaten und Kindern in bewaffneten Organisationen, Gangs und Guerillagruppen weltweit massiv zugenommen, und sie würden auch mehr und mehr direkt im bewaffneten Kampf eingesetzt.

Nach Angaben der Autoren hat der Einsatz von Kindern für terroristische Gruppen durchaus Vorteile: Kinder seien im Vergleich zu Erwachsenen wendiger und flexibler und könnten sich leichter zwischen

den Fronten bewegen. Sie seien einfacher zu rekrutieren und zu manipulieren und gehorchten oft widerspruchslos. Außerdem würden sie in der Regel nicht bezahlt und seien somit günstiger als erwachsene Kämpfer.

Wie Bloom und Horgan ausführen, entführen Mitglieder von Terrorgruppen oftmals Kinder oder zwangsrekrutieren sie aus Flüchtlingslagern. Viele der Opfer hätten keine Verwandten mehr, die sich um sie kümmern, oder sie würden gezwungen, ihre eigenen Familienmitglieder zu töten, damit es für sie kein Zurück mehr gibt. Dafür nennen die Autoren das Beispiel der Revolutionary United Front (RUF) in Liberia.

Manche Organisationen füllen demnach ihre Reihen mit Kindern auf, weil ihnen schlichtweg die Kämpfer ausgehen, andere schicken Kinder aus taktischen Gründen in den Krieg. Im Iran-Irak-Krieg (1980–1988) setzte der Iran Kinder als Kanonenfutter und Minenräumer ein. Die irakischen Truppen schreckten davor zurück, auf sie zu schießen – was den iranischen Truppen einen Vorteil verschaffte.

Auch Terrorgruppen wie ISIS oder Boko Haram setzen Kinder den Recherchen der Autoren zufolge strategisch ein, da sie bei Sicherheitskräften weniger Misstrauen erwecken als Erwachsene. Die Organisationen schreckten nicht davor zurück, Kinder – aber auch Menschen im Rollstuhl oder alte Menschen – als Selbstmordattentäter auf einen belebten Markt zu schicken.

Vor allem in Gebieten ohne staatliche Versorgung kann es Familien auch sinnvoll erscheinen, ihre Kinder freiwillig zu einer bewaffneten Gruppe zu schicken, wenn diese etwa die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten kontrolliert. Und nicht immer werden Kinder direkt in den Kampf gezwungen. Gerade in Konflikten, die über Generationen andauern, ist es für Terrororganisationen sinnvoll, Jugendcamps oder -organisationen aufzubauen, wie Bloom und Horgan erläutern. Dort würden Kinder über einen längeren Zeitraum ausgebildet und auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Als Beispiel nennen sie die „Cubs of the Caliphate“, die Kinder- und Jugendtruppe von ISIS, die im Juli 2015 traurige Bekanntheit erlangte, als ihre Mitglieder vor laufender Kamera gefangene syrische Soldaten mit einem Genickschuss hinrichteten. In Online-Kanälen, mit denen ISIS Kinderzimmer auf der ganzen Welt erreichte, würden die Cubs als Helden dargestellt, Märtyrer gefeiert wie Rockstars. So rekrutierten Terroristen im Internet weltweit Kinder für ihren grausamen Kampf.

Die Autoren weisen darauf hin, dass der Einsatz von Kindern in Terrororganisationen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und die Organisation von Machtstrukturen hat. Er stelle Hierarchien in Frage und zerrütte gesellschaftliche und familiäre Strukturen. Eine Reintegration dieser Kinder nach Beendigung des Konflikts stelle Gesellschaften vor große Probleme. Die Kinder seien einerseits Opfer ihrer traumatischen Erfahrungen, andererseits stellten sie als Täter ein großes Sicherheitsrisiko dar und würden oftmals stigmatisiert. Für eine adäquate Behandlung der Kindheitstraumata fehle es in den meisten Ländern an qualifiziertem Personal. Dementsprechend groß sei auch die Gefahr, dass diese Kinder wieder in kriminellen Organisationen landen.

BUCH

Bloom, M., und Horgan, J., 2019: Small Arms. Children and Terrorism. Ithaca, Cornell University Press.

Die Krankheit bewältigen

Während Covid-19 noch immer in Brasilien wütet, ist eine andere, weniger sichtbare Erkrankung auf dem Vormarsch: Depressionen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leiden 5,8 Prozent der Brasilianer an Depressionen, verglichen mit einer weltweiten Rate von 4,4 Prozent. Brasiliens Depressionsrate ist die höchste in Lateinamerika und die zweithöchste auf dem amerikanischen Kontinent, übertroffen nur von den USA. Weltweit ist die Zahl der Menschen mit Depressionen in den vergangenen zehn Jahren um 18,4 Prozent gestiegen und erreichte laut WHO 322 Millionen. Ihr zufolge werden Depressionen bis 2030 die weltweit häufigste Krankheit sein.

Für die 12 Millionen Brasilianer, die an Depressionen leiden, ist das Leben ein täglicher Kampf gegen unterschiedlich starke Stadien der Verzweiflung. Zu den Symptomen gehören Stimmungsschwankungen, Traurigkeit, Angst, Apathie, Schuldgefühle, allgemeine Unzufriedenheit, Hoffnungslosigkeit, Interessensverlust, unkontrollierbares Weinen, Reizbarkeit und soziale Isolation.

Wie kann ein Land, das mit Sonnenschein, Strandpartys und Karnevalsfeiern assoziiert wird, so viele depressive Bürger haben? Die Psychologin Patrícia Marquizzelli sieht „wirtschaftliche Instabilität, steigende Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Unsicherheit über die Zukunft“ als Ursachen.

Depressionen betreffen alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter,

Hautfarbe, Religion oder sozialer Schicht. Zunehmend betrifft sie jedoch junge Menschen. „Der Druck, sich schon in jungen Jahren für einen Beruf zu entscheiden, ist ein Problem“, meint Marquizzelli. „Auch die Familienzusammenhörigkeit wird immer schwächer, was die jungen Menschen verunsichert. Es entstehen Ängste und ein Gefühl der Isolation, und das erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Depression.“

Für Menschen, die Hilfe suchen, sind die benötigten Medikamente nicht immer verfügbar. Das Gesundheitssystem Brasiliens, bekannt unter dem Akronym SUS, stellt einige der Medikamente, die sehr teuer sind, zur Verfügung, aber nicht alle. Ein Rezept muss von einem ausgewiesenen Arzt ausgestellt werden. „Die Medikamente, die ich einnehmen muss, kosten etwa die Hälfte eines monatlichen Mindestlohns“, sagt Beatriz Amadeu Fernandes, 28, aus Brasília. Fernandes, bei der mit 20 Jahren eine Depression diagnostiziert wurde, sagt, sie habe kaum eine andere Wahl, als die Medikamente zu kaufen.

„Ich wusste, dass mit mir etwas nicht stimmte“, erinnert sie sich. „Ich war nicht in der Lage zu sprechen. Meine Augen konzentrierten sich nicht mehr. Die Tränen flossen nur noch über mein Gesicht. Als ich die tiefste Depression hatte, suchte ich schließlich Hilfe.“

Rückzug und Isolation sind typische Symptome bei jungen Menschen. Diese zu ignorieren oder falsch zu interpretieren kann gefährlich sein. In extremen Fällen kann eine Depression zum Selbstmord führen. In Brasilien ist laut Gesundheitsministerium Selbstmord die dritthäufigste äußere Todesursache (nach Unfällen und Übergriffen), mit 12500 Fällen im Jahr 2017.

Die erste Schritt bei Depressionen ist, dass die richtige Diagnose gestellt wird. Die Unterstützung von Familie und Freunden ist für die Suche nach Hilfe unerlässlich, sagt die Psychologin Ester Ventura. Mit der richtigen medizinischen Hilfe können die Patienten mit dem Heilungsprozess beginnen.



THUANY RODRIGUES
ist eine Journalistin in
Brasilien.
[thuanyrodrigues@
gmail.com](mailto:thuanyrodrigues@gmail.com)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 31.8.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsiniciativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



LIBANON

Tiefgreifende Veränderungen sind unausweichlich

Der Libanon, bisher nicht als Schurkenstaat bekannt, gehört nun zu den arabischen Ländern, in denen Ausnahmezustand herrscht. Es ist zu befürchten, dass dieser als zeitlich begrenzt angekündigte Schritt zum Dauerzustand wird und der Beginn von totalitären Strukturen sein könnte. Dabei braucht das Land einen wirklichen Neuanfang.

Von Mona Naggar

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustands hat die Regierung auf die verheerende Explosion am Beirut Hafen am 4. August reagiert, die über 170 Todesopfer und tausende von Verletzten gefordert hat. Zahlreiche Stadtteile wurden zerstört. Die Menschen protestierten daraufhin gegen die an der Explosion politisch Verantwortlichen. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor. Konstruktive Hilfe für die Opfer hat der libanesische Staat hingegen nicht geliefert. Die Menschen sind auf sich allein gestellt. Sie helfen sich gegenseitig. Ehrenamtliche räumen die Trümmer weg und versorgen die Bewohner der geschädigten Stadtteile.

Der Ausnahmezustand bedeutet eine weitere Demontage der in der Verfassung garantierten Grundrechte, wie Demonstrationenfreiheit oder freie Meinungsäußerung. Diese Entwicklung zeichnet sich seit einigen Monaten ab. Der libanesische Staat antwortet mit Repression auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch und auf die Proteste der Menschen. Sicherheitsorgane und Politiker versuchen immer mehr Medien und Bürgerjournalisten einzuschüchtern. Diese Reaktion ist besorgniserregend. Machterhalt scheint die einzige Sorge der Politiker und staatlichen Institutionen zu sein.

Mitte Oktober 2019 sah es noch so aus, als ob eine friedliche Revolution die korrupte politische Klasse zur Abdankung zwingen könnte. Direkter Anlass war der Plan der Regierung WhatsApp-Telefonate zu besteuern, um die klammern Staatskassen zu füllen. Tausende Menschen in allen Teilen des Landes gingen auf die Straße, schrien ihre Wut und ihre Forderungen heraus. In Zelten, die auf zentralen Plätzen in Beirut und anderen Städten aufgeschlagen wurden, debattierten Demonstranten, Akademiker und

Aktivisten lokaler Nichtregierungsorganisationen über die Zukunft des Landes und verschiedene politische Modelle, die das konfessionelle System ablösen sollten.

Der multireligiöse Libanon ist seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1943 eine parlamentarische Demokratie mit stark konfessionellen Zügen. Die Parlamentssitze werden im Verhältnis der Anteile der Religionsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung verteilt. Die politisch-religiösen Führer, die dieses System hervorbrachte, sind mit Feudalherren vergleichbar. Sie verfügen über die Ressourcen, die der schwache Staat nicht hat, und fordern von ihrer Klientel im Gegenzug Loyalität. Dieses System zu reformieren war eines der Hauptforderungen der Demonstranten. Auf dem Höhepunkt der friedlichen Revolution machte sich immer mehr die Wirtschafts- und Bankenkrise bemerkbar, die schon lange rumorte. Die Corona-Pandemie verstärkt die Krise noch. Die euphorische Stimmung, die vor einigen Monaten herrschte, ist verfliegen.

Die Demonstranten, die seit der Explosion voller Wut auf die Straßen gehen, fordern nicht mehr Reformen, sondern führen Galgen mit sich. Sie rufen nach Rache für die Opfer der Explosion und hängen symbolisch die Puppen führender Politiker auf. Der Ton wird radikaler und rauer.

Den bisherigen Libanon, in dem es stets irgendwie weiterging, gibt es nicht mehr. Die Explosion hat die Fassade endgültig zum Einsturz gebracht. Tiefgreifende Veränderungen und nicht nur Reformen sind nötig.

Auf die wichtigste Frage gibt es jedoch noch keine Antwort: Was kann anstelle des konfessionellen Systems treten? Eine Übergangszeit ist nötig, damit sich politische Kräfte formieren können, Menschen sich mobilisieren und Ideen entwickelt werden. Wie es weitergeht, liegt nicht nur an den Kräften im Libanon. Eine große Rolle spielen regionale und internationale Mächte. Zu hoffen ist, dass sie diesen besonderen Zeitpunkt für tiefgreifende Veränderungen erkennen, einen konstruktiven Einfluss ausüben und den Zedernstaat nicht als Nebenschauplatz für regionale Konflikte missbrauchen. Noch ist alles offen.



Demonstranten in Beirut fordern Rache für die Opfer der verheerenden Explosion am 4. August.



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Trainerin.
Sie lebt in Beirut, Libanon.
mona.naggar@googlemail.
com



Extremwetterereignisse nehmen in Pakistan zu: Überschwemmung in Karatschi im Juli.

SDGS

Kein Grund zum Ausruhen

Laut dem Sustainable Development Report 2020 hat Pakistan SDG 13 zum Klimaschutz erfüllt. Das ist eine große Leistung, ändert aber nichts an der Verwundbarkeit des Landes gegenüber dem Klimawandel und an der Verantwortung der Regierung, die CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Von Syed Muhammad Abubakar

Der Ende Juni veröffentlichte Sustainable Development Report 2020 wurde von Jeffrey Sachs, einem Expertenteam aus dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN), sowie der Bertelsmann-Stiftung verfasst. Er gibt einen Überblick über die weltweiten Bemühungen zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Der Bericht berücksichtigt auch, wie Covid-19 den SDG-Prozess beeinträchtigt hat. Am stärksten betroffen sind die ärmsten Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, ältere und behinderte Menschen, Migranten und Flüchtlinge.

SDG 13 zum Klimaschutz ist das einzige Ziel, das Pakistan in diesem Jahr erreicht hat. Regierung, Zivilgesellschaft und Umweltschützer freuen sich darüber. Das bedeutet aber nicht, dass der Klimawandel Pakistan nicht mehr schadet, und auch

nicht, dass das Land genug getan hat, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Guillaume Lafortune vom SDSN erklärt: „Pakistan hat das Klimaziel erreicht, da seine energiebezogenen Emissionen unter zwei Tonnen pro Kopf liegen.“ Der Trend ist jedoch steigend. Wenn Pakistan so weitermacht, warnt Lafortune, sei es nicht in der Lage, innerhalb dieser „grünen Zone“ zu bleiben. Er drängt das Land, das Wirtschaftswachstum von negativen Umweltauswirkungen abzukoppeln.

Lafortune macht darauf aufmerksam, dass Pakistan bei der Erreichung des SDG 7 über bezahlbare und saubere Energie im Rückstand ist. Er fordert die Regierung auf, keine weiteren Investitionen in Kohlekraftwerke zu tätigen. Außerdem sollte sie die Subventionen für Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern, einstellen. Lafortune will, dass die Regierung „die Bemühungen um einen universellen Zugang zu sauberer Energie fortsetzt“.

Adil Najam von der Universität Boston stimmt zu, dass der Erfolg zum SDG 13 kein Grund ist, sich zurückzulehnen und zu entspannen. Er betrachtet die SDGs als Meilensteine, aber nicht als Endziele: „Sie sind die Mindestziele, die jedes Land erreichen und dann daran arbeiten muss, sie zu übertreffen.“ Najam hält es für besonders wichtig, die

CO₂-Emissionen zu reduzieren. Seiner Ansicht nach sollte die Regierung alle geplanten Projekte für fossile Brennstoffe auf Eis legen.

Laut Najam ist Pakistan auf globaler Ebene aber kaum von Bedeutung. Das Land ist für weniger als ein Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. „Um wirklich etwas zu bewirken, müssen die größten Verschmutzer – insbesondere die USA, China, Indien und andere Industrienationen – ihre Emissionen senken“, sagt er.

Malik Amin Aslam Khan ist ein Berater von Premierminister Imran Khan zum Thema Klimawandel. Er sagt, dass Pakistan „bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl für sich selbst als auch für die Welt den CO₂-Ausstoß reduzieren können“, obwohl Pakistan kein Hauptverursacher von Emissionen ist. In diesem Sinne stärkt der Erfolg von SDG 13 „nur unsere Rolle als verantwortungsbewusster globaler Staat“. Khan sagt, die Regierung habe sich für Wasserkraftprojekte entschieden, um zwei Kohlekraftwerke zu ersetzen, die auf Importkohle angewiesen gewesen wären und für eine Finanzierung im Rahmen des Wirtschaftskorridors China-Pakistan (CPEC) genehmigt wurden.

Khan bestätigt, dass Pakistan mit dem Klimawandel zu kämpfen hat. „Wir müssen weiterhin Anpassungsmaßnahmen ergreifen“, sagt er. Dazu gehören Themen wie Ausbrüche von Gletscherseen (siehe meinen Aufsatz im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/06), bessere Hochwasservorhersage, das Erfassen von Risikogebieten, Frühwarnsysteme und eine klimafreundliche Landwirtschaft.

Der aktuelle Sustainable Development Report ermutigt Pakistan weiter, in die richtige Richtung zu gehen. Er ist kein Freibrief dafür, den Kampf gegen den Klimawandel einzustellen. Die Regierung muss rasch handeln, um ihre Bevölkerung zu schützen.

QUELLE

Sachs, J., et al., 2020: *The Sustainable Development Goals and Covid-19. Sustainable Development Report 2020.* Cambridge University Press.

<https://www.sdgindex.org/>



SYED MUHAMMAD ABUBAKAR
ist Umweltjournalist in Pakistan.

s.m.abubakar@hotmail.com

Twitter: @SyedMABubakar

Leserbriefe



NEGATIVE SEITE VON UNIVERSELLEN ALTERSRENTEN

E+Z/D+C e-Paper 2020/04, Schwerpunkt, Florian Jürgens: „Afrikas Senioren“

Ihr Beitrag über Afrikas Senioren reiht sich ein in eine Zahl von Veröffentlichungen, die sich darin einig sind, dass eine universelle soziale (beitragsfreie) Altersrente ein wichtiges Instrument der sozialen Sicherung in Afrika ist. Es gibt viele gute Argumente für diese Einschätzung, aber auch Gegenargumente.

Als positive Beispiele für eine universelle Altersrente führen Sie Lesotho und Swasiland auf. Ich habe die sozialen Sicherungssysteme beider Länder im vorigen Jahr intensiv untersucht. In beiden Ländern zeigte sich, dass die universellen Altersrenten (Old Age Grant – OAG) ihre Zielgruppen (60+ in Swasiland, 70+ in Lesotho) fast 100-prozentig erreichen. Der Anteil des OAG am Sozialbudget stieg bis 2018 auf 67 Prozent. Fast alle anderen Sozialprogramme wurden im Laufe

der Jahre zugunsten des OAG eingestellt. In Lesotho und übrigens auch in meiner zweiten Heimat Bolivien läuft ein ähnlicher Prozess.

Analysiert man die sozialen Wirkungen dieser Systeme, dann kommt man nicht umhin, diese Prozesse als krasse Fehlentwicklung zu werten. Alle Haushalte, die einen alten Menschen haben, erhalten die Rente unabhängig davon, ob sie arm sind oder nicht. Haushalte ohne alte Menschen erhalten überhaupt keine sozialen Leistungen. Die kontinuierlich wachsenden Kosten der Altersrenten lassen keinen finanziellen Spielraum mehr für andere Sozialprogramme. Extrem arme, kinderreiche Haushalte bleiben ohne jede soziale Sicherung.

Die von Ihnen als bahnbrechend bezeichneten universellen Grundrenten kann man nur dann als erfolgreich bezeichnen, wenn man sie isoliert betrachtet (silo approach). Wenn man das ganze System der sozialen Sicherung eines Landes bewertet (systemic approach), dann zeigt sich die negative Seite von universellen Grundrenten.

In low-income countries und in lower middle-income countries sind sie nicht die beste Lösung für soziale Sicherung, sondern führen zur Ausgrenzung aller Haushalte, die keine alten Menschen haben. Versuche, die Zielgruppe dieser Programme auf bedürftige alte Menschen zu reduzieren, um Mittel für andere Bedürftige freizusetzen, sind politisch nicht durchsetzbar. Ich würde mich freuen, dieses Thema einmal mit den Mitarbeitern von HelpAge und anderen Experten zu besprechen.

Dr. Bernd Schubert, Partner der Consultingfirma Team Consult und Gutachter im Bereich soziale Sicherung in Afrika, Berlin und Cochabamba/Bolivien.



WASSERVERSORGUNG IN DER KLIMAKRISE

Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/06

Wir freuen uns sehr, dass Sie die neue E+Z/D+C-Ausgabe dem Thema Wasserversorgung gewidmet haben. Allerdings wäre es schön, wenn Sie für zukünftige Ausgaben zum Themenkomplex Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene vorab das WASH-Netzwerk kontaktieren würden.

Das WASH-Netzwerk ist das deutsche Netzwerk für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH), im Juni 2011 gegründet. Mitglieder des Netzwerks sind 25 deutsche gemeinnützige NGOs, die schwerpunktmäßig in der Entwicklungszusammenarbeit oder der humanitären Not- und Übergangshilfe tätig sind und sich im Arbeitsbereich WASH engagieren. Die Mitgliedsorganisationen des WASH-Netzwerks teilen die Vision, dass alle Menschen Zugang zu einer nachhaltigen und sicheren Wasser- und Sanitärversorgung haben und

eigenverantwortlich grundlegende Prinzipien der Hygiene praktizieren.

Jona Toetzke, Co-Coordinator German WASH Network, www.washnet.de

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM LÄSST WASSERVERBRAUCH STEIGEN

Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/06

Mit Interesse habe ich das E+Z-Heft zu Wasserversorgung und Klimakrise gelesen. Das Thema wird von vielen Seiten beleuchtet. Jedoch ist mir aufgefallen, dass kein Artikel sich mit der Zunahme der Bevölkerung und den dadurch verursachten gestiegenen Wasserverbrauch beschäftigt hat.

Zum Ende der Kolonialzeit, Mitte der 1960er Jahre, betrug die Bevölkerung rund 230 Millionen Menschen. Derzeit spricht man von 1,3 Milliarden, und für 2050 werden 2,5 Milliarden prognostiziert. Zum Bevölkerungswachstum kommt der steigende Lebensstandard der Eliten in allen Entwicklungsländern, die einen ähnlichen Ressourcenbedarf haben wie in der „westlichen“ Welt.

Ich weiß, das Thema ist sensibel, aber es wird ja nicht besser, wenn man es verdrängt. Denn die Klimakrise ist auch eine Bevölkerungskrise. Es wäre an der Zeit, sich des Themas anzunehmen und Strategien mit den Entwicklungsländern zu entwickeln, wie sie mit den Ressourcen umgehen wollen, nicht nur mit Wasser.

Eberhard Hauser, Vertreter der NGO Population and Community Development Association, Bonn

GESCHEITERTER STAAT

Abgleiten in Krieg und Chaos

Die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan 1979 und ihre zehnjährige Herrschaft über das Land haben dessen Abstieg in Armut und Gesetzlosigkeit eingeleitet. Das Land hat noch immer keinen Frieden gefunden. Die Menschen haben den Glauben an Institutionen verloren, vertrauen tendenziell nur noch Personen vom eigenen Stamm, und Fremdenfeindlichkeit ist heute verbreiteter.

Von Nawid Paigham

Vier Jahrzehnte Bürgerkrieg und schlechte Regierungsführung – verschlimmert durch ausländische Interventionen – haben Afghanistan zu einem gescheiterten Staat gemacht. Das Land ist von Armut, Korruption und Gesetzlosigkeit geplagt. Die traumatisierte Bevölkerung hat mit täglicher Not, dürftigen staatlichen Diensten und grassierender Unsicherheit zu kämpfen.

Die Ursprünge der gescheiterten Staatlichkeit in Afghanistan liegen weit in der Vergangenheit. Der heutige schlechte Zustand des Landes hängt jedoch direkt mit der sowjetischen Invasion vor rund 40 Jahren, Ende Dezember 1979, zusammen. Sie folgte auf einen Putsch und sollte ein Machtvakuum füllen, führte jedoch zu einem zehnjährigen sowjetischen Protektorat und leitete den sowjetisch-afghanischen Krieg der 1980er Jahre ein. Die USA beobachteten die sowjetische Übernahme misstrauisch, da sie befürchteten, die Sowjetunion werde Afghanistan als Tor zum indischen Subkontinent und zum Nahen Osten nutzen.

Afghanistan wurde so in den 1980ern zum Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges zwischen den beiden Supermächten des Kalten Krieges. Die USA intervenierten nicht direkt, unterstützten aber islamistische Fundamentalisten, die sich der von der Sowjetunion kontrollierten Regierung widersetzen.

Als sich die Sowjetunion 1989 aus Afghanistan zurückzog, waren Afghanistans Probleme noch lange nicht gelöst. Tatsächlich eskalierten sie weiter. Die Rote Armee hinterließ ein Machtvakuum ohne funktionierende Regierung. Niemand konnte Recht

und Ordnung garantieren oder die Landesgrenzen verteidigen. Ein Land, das einst friedlich mit seinen Nachbarn handelte, wurde zu einem internationalen Zentrum für religiöse Extremisten.

1992 übernahmen die vom Westen unterstützten islamistischen Mudschaheddin (Dschihadisten) die Hauptstadt Kabul. Bis 1996 hatten die Taliban, eine Splittergruppe der Mudschaheddin, einen Großteil des Landes erobert. Weit davon entfernt, den erhofften Frieden und die erhoffte Ordnung zu bringen, begründete der Aufstieg der Taliban zur Macht ein neues schwarzes Kapitel der afghanischen Geschichte. Es folgten fünf Jahre harter totalitärer Herrschaft der Fundamentalisten.

Nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 in den USA entriss Washington den Taliban gewaltsam die Macht. Dennoch kontrollieren die Islamisten noch immer einen Großteil des Landes. Sie kämpfen weiter gegen die afghanische Regierung, und weiterhin sterben Zivilisten. Die Trump-Administration hat in diesem Jahr ein Friedensabkommen mit den Taliban geschlossen, aber die Menschen in Afghanistan sind

nicht sehr zuversichtlich, was dessen Erfolg betrifft. Es fehlen Vereinbarungen zur künftigen Machtteilung, zu Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechten.

Die Opferzahlen der Kämpfe sind erschütternd. In den Jahren nach dem Krieg wurden zwischen 6,5 und 15 Prozent der Afghanen getötet, rund 20 Prozent wurden verwundet, und etwa 33 Prozent flohen aus dem Land. Unter den Geflohenen waren die am besten ausgebildeten Menschen des Landes.

RUINIERT WIRTSCHAFT

Der lange und blutige Konflikt hat die afghanische Wirtschaft und Gesellschaft zerrissen. In ihrem Bericht von 2019 bezeichnete die US-Aufsichtsbehörde für den Wiederaufbau Afghanistans (Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction – SIGAR) das Land aufgrund einer Beurteilung von Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsbedingungen als „gescheiterten Staat“.

Afghanistan fehlt es noch immer an einer starken und verantwortlichen Regierung, die auf eigenen Beinen stehen kann. Die vergangenen 40 Jahre des Konflikts haben zum Zusammenbruch der Institutionen und zu einer erheblichen Schwächung des Rechtsstaats geführt. Das Vertrauen der Afghanen in ihre Machthaber hat stark nachgelassen. Kann ein Staat das Gesetz nicht



1988 begann der Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan.

durchsetzen, stehen die Menschen vor einer grausigen Wahl: Entweder sie nehmen das Gesetz selbst in die Hand, oder sie wenden sich zu ihrem Schutz an Mafia-ähnliche Milizen. In jedem Fall folgt Chaos.

Auch die afghanische Wirtschaft ist ruiniert. Infrastruktur und Kommunikationssysteme sind kaputt. Lebensmittel und medizinische Versorgung sind knapp, ebenso wie Strom und fließendes Wasser.

Laut der Datenbank World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds vom Oktober 2019 entspricht das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Afghanistan nur der Kaufkraft von 513 Dollar. Damit rangiert Afghanistan in diesem wichtigen Wohlstandsindikator auf Platz 177 von 186 Ländern, direkt hinter Sierra Leone und Togo.

Außerdem sind die Aussichten für den Wiederaufbau des Landes schlecht. Es fehlt an Fähigkeiten und Führung. Viele gebildete Afghanen haben das Land verlassen und sind nicht zurückgekehrt. Durch die massive Flucht aus den Konfliktgebieten entstand die bis zum Syrienkrieg größte Flüchtlingspopulation der Welt.

Diejenigen, die im Land geblieben sind, sind von den Jahren des Krieges traumatisiert und schlecht gerüstet, um das Land wiederaufzubauen. Die meisten Afghanen waren vor dem sowjetisch-afghanischen Krieg Analphabeten, und die langen Kriegsjahre haben die Bildung erschwert. Viele junge Menschen, die unter der sowjetischen Besatzung aufgewachsen sind, kennen nichts als Krieg und wurden seither von machthungrigen Führern gegeneinander aufgestachelt.

Das alles hatte massive psychologische Folgen für die afghanische Bevölkerung. Nach der Intervention hätten die Afghanen Zeit gebraucht, um zu trauern, körperlich und geistig gesund zu werden und ihre Städte, Dörfer und Häuser langsam wieder aufzubauen. Diese Zeit bekamen sie nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass den Menschen in den von Islamisten kontrollierten Gebieten die wenigen einfachen Traditionen und Glücksquellen, die sie noch haben, wie Musik und Tanz, verboten sind.

Die Menschen können nicht gesund werden, weil Krieg und Zerstörung weitergehen. Ihnen fehlt es an einer effektiven Regierung, die ihre Bedürfnisse angesichts von Verlust, Trauer und Wut versteht. Ausländische Mächte, die in Afghanistan inter-

venierten, waren der Aufgabe auch nicht gewachsen. Die Regierungen, die sie unterstützten und finanzierten, waren schwach. Afghanen sind immer weniger bereit, Gesetze zu befolgen und Verantwortung zu übernehmen.

Abgesehen von einer Tendenz zur Gesetzlosigkeit haben die jahrzehntelangen Konflikte Ansätze von Kriegslust und Aggression in einem einst friedlichen Volk gefördert. Es gibt Widerstand gegen Veränderungen. Obwohl in Kabul einige Modernisierungen stattfinden, halten die meisten Menschen an ihren traditionellen Lebensweisen fest. Im Gegensatz zu anderen Bindungen schaffen Stammesidentität

Religion zu einem politisch bestimmenden Faktor.

Traditionsverbundene Afghanen lehnten die antireligiöse sowjetische Propaganda ab. Viele radikalisierten sich. Gemeinsam mit ihren Verbündeten Pakistan und Saudi-Arabien förderten die USA den Trend zu religiös begründeten Kämpfen. Eine auf Glauben basierte Ideologie ist offensichtlich in Pakistan und Saudi-Arabien mächtig. Islamistische Extremisten, die die Sowjets bekämpften, erhielten enorme finanzielle und militärische Unterstützung.

Auch die Sowjets und ihre afghanischen Stellvertreter begünstigten diesen Trend. Die sogenannten afghanischen Neu-



Religion ist zu einem politisch bestimmenden Faktor in Afghanistan geworden: die Eid Gah-Moschee in Kabul.

ten immer noch ein Gefühl gegenseitigen Vertrauens.

NACH INNEN GERICHTET

Das Land richtet sich mehr nach innen. Während in den 1960ern und 1970ern Touristen willkommen waren, werden Ausländer heute mit Argwohn betrachtet. Diese Haltung wurde während des sowjetisch-afghanischen Krieges von Führern auf beiden Seiten gefördert. Beide wollten die ausländischen Mächte, die ihre Rivalen unterstützten, diskreditieren. Langfristig wurden dadurch fremdenfeindliche Gefühle verstärkt.

Das Verhältnis der Afghanen zu ihrer Religion hat sich verändert. Vor dem Krieg praktizierten sie den Islam auf soziokulturelle Weise und nicht als politische Bewegung. Die sowjetische Besatzung und der darauffolgende Stellvertreterkrieg machten

kommunisten versuchten, gesellschaftliche Veränderungen zu erzwingen, ohne die religiösen und kulturellen Empfindlichkeiten der Menschen zu berücksichtigen. Unterstützt von den Sowjets, setzten sie harte Methoden ein, um antireligiöse Reformen durchzusetzen. Das machte viele Afghanen empfänglich für die islamistische Botschaft des religiös begründeten Widerstands.

Ein Land zerfällt nicht in einem Jahr oder gar in einem Jahrzehnt. Es verschlechtert sich langsam über die Jahrzehnte hinweg. Das ist leider in Afghanistan geschehen. Ebenso bedauerlich ist, dass es möglicherweise noch Jahrzehnte dauern wird, bis der massive Schaden behoben ist.



NAWID PAIGHAM
ist Politik- und
Wirtschaftsanalyst.

npeigham@gmail.com



Teilnehmer einer SDG-Konferenz
2019 in Kigali, Ruanda.

Was Entwicklung bedeutet

Der Begriff Entwicklung hat viele Facetten. In der internationalen Politik gewann er nach dem Zweiten Weltkrieg Relevanz. Er versprach, Entwicklungsländer könnten dank Entwicklungshilfe florieren und zu den reichen Nationen aufschließen. Das ist trotz mancher Fortschritte nicht so gekommen – und Umweltzerstörung schafft zusätzliche Probleme. Über Entwicklung hat es deshalb verschiedene Kontroversen gegeben. Die UN schufen in den 1990er Jahren mehr Klarheit, indem sie den Begriff um die

Adjektive „menschlich“ und „nachhaltig“ ergänzten, aber das hat nicht alle Kritiker überzeugt. Die große Frage ist, ob Entwicklung für ein westliches Konzept steht, das letztlich westlichen Interessen dient, oder ob es darum geht, das globale Gemeinwohl zu gewährleisten und zu fördern.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich auf sämtliche UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Von „Unterentwicklung“ zu SDGs

Stereotypes Denken teilt die Welt in zwei Gruppen: wenige erfolgreiche Länder auf der einen und viele benachteiligte Länder auf der anderen Seite. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN versuchen, diese Klischees zu überwinden.

Von Mahwish Gul

Aus westlicher Sicht ähneln sich die ehemaligen Kolonien: Es sind Länder, die allesamt entwickelt werden müssen. In seinem Grundlagenwerk „Orientalismus“ kritisierte der amerikanisch-palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said das Klischee, dass Europa mächtig und wortgewandt und Asien besiegt und weit entfernt sei.

Was Said vor über 40 Jahren geschrieben hat, ist noch heute aktuell. Die imaginäre Grenze, die er kritisierte, trennt die ehemaligen Eroberer von den Besiegten, die ehemaligen Kolonialherren von den kolonialisierten Ländern und die reichen von den armen Ländern. In diesem Zusammenhang verstärken Begriffe wie „Dritte Welt“, „Entwicklungsländer“ oder „Globaler Süden“ negative Stereotype. Zwar wurden sie geprägt, um der Dichotomie der Welt zu entkommen. Doch bedeuten all diese Begriffe im Grunde, dass bestimmte Länder Erfolg haben, während andere gescheitert sind.

Der Begriff „Dritte Welt“ wird immer noch verwendet, obwohl er keinen Sinn mehr ergibt. Eigentlich stand er für die blockfreien Staaten, die während des Kalten Krieges weder zum kapitalistischen Westen noch zum kommunistischen Osten gehörten. Da viele von ihnen in Afrika, Asien, der Pazifikregion oder in Lateinamerika lagen, wurde „Dritte Welt“ zum Synonym für „Entwicklungsländer“.

Die Bezeichnung „Globaler Süden“ ist wesentlich neuer. Der Begriff ist zwar politisch korrekt, betont aber immer noch die Zweiteilung der Welt in einen privilegierten Norden und einen benachteiligten Süden. Eine politisch korrekte Sprache prägt die Wahrnehmung also nur zu einem gewissen Grad.

Trotzdem ist es sinnvoll, die Rhetorik zu ändern, wenn sich die zugrundeliegenden Ideen als gefährlich erweisen. Laut des ukrainischen Intellektuellen Marcin Solarz löste der Begriff „Entwicklungsländer“ die Bezeichnung „unterentwickelte Länder“ im UN-Kontext erst in den späten 1960er Jahren ab. Inzwischen ist er zur gängigsten Kategorisierung für Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien geworden.

Humangeografin Katie Willis weist darauf hin, dass die Bezeichnungen „unterentwickelte“ und „nicht entwickelte“ Länder eine Unfähigkeit zur Veränderung unterstellen, während „Entwicklungslän-

der“ dynamischer klingt. Viele Menschen verbinden aber auch mit diesem Begriff Armut und Hunger.

Dennoch hat sich das Verständnis von „Entwicklung“ verändert – jedenfalls für Menschen, die in diesem Bereich tätig sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Entwicklung mit Wirtschaftswachstum und Modernisierung gleichgesetzt, was wiederum Verstärkung, Industrialisierung und Technologie bedeutete. Versuche, die gewünschten Veränderungen durch technologische Hilfe zu erreichen, scheiterten jedoch. Dementsprechend begann sich die Debatte darüber, was „Entwicklung“ bedeutet, zu erhitzen.

In den 1990ern führte das UN Development Programme (UNDP) die Idee der „menschlichen Entwicklung“ ein. Neben dem Einkommen wurden in diesem Zusammenhang auch die Indikatoren Gesundheit und Bildung beachtet. Das Ziel war es, Menschen zu ermächtigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Als Voraussetzungen dafür galten ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln sowie physische und intellektuelle Fähigkeiten.

Mit den jährlich erscheinenden Human Development Reports hat das UNDP sein „Entwicklungskonzept“ weiterentwickelt. Der Human Development Index (HDI) wurde ursprünglich in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftswissenschaftlern Mahbub ul Haq aus Pakistan und Amartya Sen aus Indien entwickelt. Die Idee der persönlichen Freiheit, die hinter dem HDI steckt, hat ihre Wurzeln in der europäischen Aufklärung. Seit sie von den UN übernommen wurde, ist sie jedoch allgemein gültig. Dasselbe gilt für die Menschenrechte.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der UN greifen die Idee des HDI auf. Sie gehen jedoch weiter und richten sich an alle Staaten – nicht nur an die Entwicklungsländer. Während in der allgemeinen Wahrnehmung die Unterscheidung zwischen einigen privilegierten und vielen benachteiligten Ländern nach wie vor besteht, haben die UN sie zumindest konzeptionell überwunden.



Königin Elisabeth II. und Präsident Kwame Nkrumah auf einer Plakatwand in Accra im Jahr 1961 vor dem Besuch der Monarchin in der ehemaligen Kolonie, die damals als „unterentwickeltes“ Land galt.



MAHWISH GUL
ist Beraterin mit dem Schwerpunkt Entwicklungsmanagement und lebt in Nairobi.

mahwish.gul@gmail.com

Stereotype verändern

Viele Studien besagen, dass Frauen in Pakistan weniger Rechte und Möglichkeiten haben als Frauen in den meisten anderen Ländern. Viele Pakistanerinnen empfinden das aber anders.

Im neuesten UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung (Human Development Report) rangiert Pakistan auf dem 146. Platz von 166 Ländern (Informationen über den Index sind im Interview mit Achim Steiner, Leiter des UN Development Programme (UNDP), auf der nächsten Seite zu finden). Im Durchschnitt haben Frauen in 145 anderen Ländern eine höhere Lebenserwartung, mehr Bildung und einen besseren Lebensstandard.

Der Global Gender Gap Report 2020 des Weltwirtschaftsforums bewertet die Lage in Pakistan sogar noch schlechter. Nur im Jemen und im Irak sind Frauen noch stärker benachteiligt als in Pakistan.

In den Augen internationaler Experten ist die pakistanische Kultur von Frauenfeindlichkeit geprägt. Viele Pakistanerinnen empfinden das jedoch anders. Meinungsumfragen zeigen beispielsweise, dass 42 Prozent der verheirateten Frauen in Pakistan es für gerechtfertigt halten, Frauen zu schlagen. Nur 40 Prozent der Männer denken so.

Das fünfte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) betrifft die Gleichstellung der Geschlechter. Ein Aspekt ist, dass Frauen und Mädchen in ihrer reproduktiven Gesundheit gestärkt werden müssen. Dazu gehört das Recht zu entscheiden, wie viele Kinder sie

haben wollen. Sexualerziehung und Zugang zu Verhütungsmitteln sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/04).

Alle geschlechtsbezogenen SDG-Indikatoren stehen auf die eine oder andere Art im Konflikt mit pakistanischen Normen. Zwar stellen einige

halten ihn für einen beschämenden und obszönen Aufruf zur Promiskuität.

Männer und Frauen sind gleichermaßen Teil der organisierten Gegenreaktion. Vergangenes Jahr hat die gesetzgebende Versammlung einstimmig eine Resolution zur Verurteilung des Marsches angenommen. Sie wurde von einer weiblichen Abgeordneten vorgeschlagen.

Ein Prinzip der Entwicklungspolitik ist die „nationale

lokalen Traditionen. Die Weltanschauung der Menschen prägt ihre Vorstellungen davon, was Entwicklung bringen soll.

Letztlich muss die pakistanische Gesellschaft die Geschlechterfrage im eigenen Land klären. Internationale Geber sollten sich nicht aktiv in diese Debatte einmischen, auch wenn eine unauffällige Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wahrscheinlich nicht schaden wird.

Die Lage in Pakistan ist besser, als sie auf den ersten Blick scheinen mag. Die Bildung von Mädchen hat sich im Laufe der Jahre verbessert. Frauen werden allmählich selbstbewusster. 1988 wurde Benazir Bhutto die erste Premierministerin Pakistans, noch 17 Jahre bevor Angela Merkel Deutschlands erste Bundeskanzlerin wurde. Heute sind rund 20 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen. In der verfassungsgebenden Versammlung 1947 lag dieser Anteil noch bei zwei Prozent. Es stimmt zwar, dass viele Politikerinnen politischen Dynastien angehören oder von Bevorzugung profitiert haben, aber das schmälert ihre Bedeutung als Vorbilder nicht.

Daten können verschieden interpretiert werden. Rund 70 Prozent der Medizinstudenten in Pakistan sind Frauen, aber nur etwa die Hälfte von ihnen wird später als Ärztin arbeiten. Für viele pakistanische Frauen geht es beim Erwerb eines Abschlusses mehr darum, einen guten Ehemann zu finden, als um eine Berufswahl. Das ist bedauerlich. Positiv ist, dass mehr als die Hälfte der Medizinstudierenden, die eines Tages in diesem angesehenen Beruf arbeiten werden, Frauen sind. mg



Frauenrechtskundgebung in Islamabad 2019.

pakistanische Frauen diese Normen in Frage, die meisten tun dies jedoch nicht.

In den vergangenen Jahren wurden zur Feier des Internationalen Frauentags Kundgebungen in pakistanischen Städten abgehalten. Ein beliebter Slogan ist „mein Körper, meine Wahl“. Besonders in Pakistans konservativen Kreisen hat er einen schlechten Ruf. Sie

Eigenverantwortung“. Das bedeutet, dass internationale Geber weder auf Maßnahmen bestehen dürfen noch Programme finanzieren dürfen, die nicht mit den Prioritäten der Regierung eines Entwicklungslands übereinstimmen. Diese Regierungen achten natürlich auf kulturelle Normen. Vermeintlich aufgeklärte Normen stehen manchmal im Widerspruch zu



Bildung zählt: eine Schülerin im ländlichen Burkina Faso bei den Hausaufgaben.

UNDP

„Governance hat zentrale Bedeutung“

In den vergangenen Jahrzehnten haben die UN zwei wichtige Begriffe geprägt: „menschliche Entwicklung“ und „nachhaltige Entwicklung“. Sie haben sich nicht nur durchgesetzt, sondern bekräftigen einander. Weshalb das so ist, erläutert der Leiter des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), Achim Steiner.

Achim Steiner im Interview mit Hans Dembowski

Als das UNDP 1990 den Human Development Index (HDI) einführte, war die Leitidee, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Erinnerung richtig?

Ja, aber das war nicht alles. Der HDI begründete ein breiter angelegtes Konzept zur

Förderung menschlichen Wohlergehens, den sogenannten Human Development Approach. Es ging darum, den Wohlstand im menschlichen Leben weiter zu fassen als nur ökonomisch. Der Index war eine Antwort auf das damals vorherrschende Paradigma, bei dem einflussreiche Institutionen Entwicklung mit Wirtschaftswachstum und steigenden Pro-Kopf-Einkommen gleichsetzten. Das war die Ära der Strukturanpassungen und des Washington Consensus, die komplett auf Marktdynamiken abzielten. Darüber hinaus fand menschliches Wohlbefinden wenig Beachtung. Zwei prominente Ökonomen, Amartya Sen und Mahbub ul Haq, entwarfen dann im Auftrag des UNDP den HDI und erfassten dabei bislang vernachlässigte Aspekte – vor

allem Bildung und Gesundheit. Beide sind sehr wichtig, also kommt es darauf an, die Fortschritte zu messen, die ein Land in diesen Bereichen macht. Das hilft, Lücken zu erkennen – und zu schließen, damit mehr Menschen ihr Potenzial voll ausschöpfen können.

Hat der HDI das Entwicklungsparadigma verändert?

Ja, der HDI hat sich in vielfacher Hinsicht durchgesetzt. Zum Beispiel hat die Weltbank 2018 einen eigenen Index für Humankapital eingeführt, um Fortschritte in einigen dieser Bereiche zu messen. Die Debatte geht ständig weiter, und wir arbeiten an weiteren Verbesserungen des Konzepts. Wir konzentrieren uns jetzt zunehmend auf Ungleichheit. Der letztjährige Bericht über die menschliche Entwicklung zeigte, dass relativ gleiche Gesellschaften oft besser abschneiden als sehr ungleiche Gesellschaften – und das gilt sogar bei niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen. Der diesjährige Bericht wird erstmals den Zusammenhang von Ungleichheit und Umweltschäden behandeln. Wenn wir verhindern wollen, dass Umweltverschmutzung und die Zerstörung

von Ökosystemen armen Menschen deutlich mehr schaden als reichen Menschen, müssen wir erst einmal verstehen, warum das so ist.

Sind menschliche Entwicklung und nachhaltige Entwicklung letztlich dasselbe?

Die Konzepte überschneiden sich, aber der Hintergrund ist unterschiedlich. Menschliche Entwicklung fokussiert mehr auf menschliche Bedürfnisse und wendet sich gegen das rein ökonomische Verständnis von Entwicklung. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hatte eine andere Grundlage, als die UN es nach jahrelanger Debatte beim Erdgipfel in Rio 1992 beschlossen. Es geht darum, dass künftige Generationen dieselben Chancen haben müssen wie wir



Marokkos Solar-Infrastruktur entstand mit finanzieller Förderung aus Deutschland und China.

heute. Daraus ergibt sich unter anderem der Grundsatz, dass Wirtschaftstätigkeit heute die natürliche Umwelt nicht schädigen oder zerstören darf. Tatsächlich beeinträchtigen aber die globale Erwärmung sowie der Verlust von Ökosystemen und der biologischen Vielfalt die Chancen künftiger Generationen erheblich. Der Erdgipfel betonte, dass reiche Weltregionen nicht auf Kosten der benachteiligten prosperieren dürfen. Jeder Mensch verdient gleiche Chancen. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit bleiben auf Dauer wichtig: soziale Inklusion, stabile Umwelt und eine langfristig funktionierende Wirtschaft.

Das Motto der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) ist „Niemanden zurücklassen“. Lässt sich dieses Prinzip sinnvollerweise bis zum Erdgipfel zurückverfolgen?

Ja, und sogar noch weiter zurück auf frühere internationale Debatten. Die UN waren, was diese Dinge angeht, der Vordenker. Wichtig waren die Brundtland-Kommission in den späten 1980ern und davor die Brandt-Kommission in den frühen 1980ern.

Inwieweit ist bessere Amtsführung – auf nationaler wie globaler Ebene – für die Erreichung der SDGs wichtig?

Governance hat zentrale Bedeutung, denn sie bestimmt, wie wir miteinander umgehen. Es geht um Fairness, Rechtsstaatlich-

keit, Werte et cetera. Die Rechte des Individuums hängen davon, aber auch die Rechte von Minderheiten und anderen bedrohten Gruppen. Aber nicht zuletzt wegen weltanschaulicher Differenzen lässt sich die Qualität von Governance nur schwer messen. Da jedoch die SDGs einen multilateralen Konsens widerspiegeln, lässt sich mit ihnen als Messlatte tatsächlich in gewissem Grad prüfen, wie effektiv die Regierungssysteme verschiedener Länder sind. Dabei kommt es neben staatlichen auch noch auf andere Akteure an, die auf Governance Einfluss haben. Dazu gehören der Privatsektor, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und

so weiter. Governance ist mehr als bloßes Regierungshandeln, und das zeigt sich besonders auf der globalen Ebene. Wir haben zwar keine „Weltregierung“, aber wir haben Ordnungssysteme, die viele wichtige Dinge regeln – von Telekommunikation und Post über Handel bis hin zu Sicherheit auf See. Die Covid-19-Pandemie zeigt nun erneut, wie wichtig Global Governance ist. Wenn wir nicht zusammenarbeiten, um das Virus überall einzudämmen, besteht die Gefahr, dass es irgendwo wieder auftaucht und sich von dort aus schnell wieder ausbreitet. Ähnlich wird ein Konjunkturabschwung in einem Teil der Welt die Wirtschaft in anderen Regionen beeinträchtigen – das ist wie ein Dominoeffekt. Wenn sich die Weltwirtschaft erholen soll, brauchen wir Konjunkturprogramme für alle Länder – nicht nur für die Wohlhabenden.

Ist das Global-Governance-System dieser Aufgabe gewachsen?

Lassen Sie mich zunächst betonen, dass es bemerkenswert stark ist und dass seine Institutionen weitgehend im Kalten Krieg, einer Ära immenser Spannungen, entstanden sind. Sie haben sich weiterentwickelt und bewähren sich bei vielen wichtigen Aufgaben. Andererseits hat das multilaterale System auch recht enge Grenzen. Bemerkenswerterweise entspricht der Haushalt des UN-Generalsekretärs gerade mal dem der New Yorker Feuerwehr. Das multilaterale System ist offensichtlich unterfinanziert. Der UN-Sicherheitsrat hätte längst reformiert werden müssen, um die gegenwärtigen weltweiten Machtverhältnisse besser widerzuspiegeln. Zudem wird das Völkerrecht nicht im gebotenen Maß beachtet. Es wäre gut, wenn alle Staaten ihre Selbstverpflichtung zu Global Governance bekräftigen würden.

Viele Regierungen betonen stattdessen ihre Souveränität und geben den Interessen ihrer Länder Vorrang.

Es ist illusionär, zwischen Global Governance und Souveränität entscheiden zu wollen, denn globale Ordnungssysteme kommen allen Nationen zugute. Dafür muss kein Land seine Souveränität aufgeben. Im Gegenteil, Global Governance entsteht dadurch, dass souveräne Länder sich koordinieren, um weltweite Probleme gemeinsam zu lösen. Bestimmte Ziele lassen sich nun mal nur gemeinsam erreichen. Die großen

Herausforderungen unserer Zeit übersteigen die Leistungsfähigkeit des einzelnen Nationalstaats. Kein Land kann die Klimakrise allein bewältigen. Der Welthandel und die globale Finanzarchitektur erfordern ebenfalls Zusammenarbeit. Das gilt auch für die rasche, grenzüberschreitende Ausbreitung von Covid-19. Wenn unsere internationalen Institutionen nicht stark, respektiert und wirkungsvoll sind, trifft uns jede Krise umso härter.

Ich möchte noch mal zur Anfangsfrage zurückkehren. Das Paradigma, welches Entwicklung mit Wachstum gleichsetzt, scheint mir weiterhin recht stark zu sein. Es prägt sogar die SDGs, weil die entsprechenden UN-Dokumente die Bedeutung von Privatunternehmen und Marktdynamiken betonen. Widerspricht das nicht dem Konzept der menschlichen Entwicklung?

Nein, jedenfalls nicht substantziell. Dass wir uns zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und ökologischer Nachhaltigkeit entscheiden müssten, ist nämlich auch ein Irrglaube.

be. Darüber sind sich die Experten heute einig. Volkswirtschaften können und müssen sich weiterentwickeln, ohne die Umwelt zu zerstören. Deutschland ist dafür ein gutes Beispiel: Die Bundesrepublik hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, ohne dass die Wirtschaft stark gewachsen wäre. Bei Umweltschutz und sozialer Nachhaltigkeit waren die Ergebnisse gut. Vor dem Covid-19-Abschwung herrschte sogar Vollbeschäftigung, obwohl die Wachstumsrate, verglichen mit früheren Jahrzehnten, enttäuschend war. Je reifer eine Volkswirtschaft ist, desto weniger wichtig ist Wachstum. Leider halten aber viele Politiker weltweit weiter an der alten Wachstumsidee fest. Zu viele Finanzministerien weltweit haben noch immer keine Abteilung oder wenigstens ein Expertenteam für ökologische Nachhaltigkeit. Auch hier gilt: Mehr und nicht weniger Zusammenarbeit ist der beste Weg, um Fortschritte zu erzielen.

Manche Kritiker meinen, der Entwicklungsbegriff sei toxisch, weil ehemalige Koloni-

almächte der restlichen Welt ihren Willen aufzwingen. Die Menschheit brauche einen grundlegenden Neustart. Was sagen Sie dazu?

Ich denke, das sind theoretische Überlegungen ohne große Relevanz dafür, wie es mit unserer Welt weitergeht. Im Verlauf der Geschichte haben verschiedene Kulturen immer miteinander interagiert. Es gab ständigen Austausch, und er ging immer mit Chancen und Risiken einher. Es ist unmöglich, zurückzugehen und bei null anzufangen. Wir brauchen Kooperation, um die Herausforderungen zu meistern, vor denen unsere Spezies heute steht – allen voran der Klimawandel.



ACHIM STEINER
leitet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Das Interview wurde auf Englisch

geführt, für die Übersetzung ist die E+Z/D+C-Redaktion verantwortlich.

<https://www.undp.org>

Globale Trends

Entwicklung dringend benötigt

Laut UNDP liegt die große Mehrheit der Länder mit „niedriger menschlicher Entwicklung“ in Afrika. Der Kontinent braucht der Menschen willen aber mehr als wirtschaftliches Wachstum.

Von Belay Begashaw

In den vergangenen 60 Jahren fand eine nie dagewesene ökonomische Entwicklung statt. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist heute 25 Mal höher als 1960. Zum Vergleich: Das globale Pro-Kopf-Einkommen stieg zwischen dem 11. Jahrhundert und 1950 nur um ein 15-Faches. Diese Zahlen stammen aus einem Buch dreier prominenter Ökonomen (Kanbur, Noman, Stiglitz, 2019). Afrika aber hinkt mit seinem Pro-Kopf-Einkommen, das heute lediglich 12 Mal höher ist als 1960, hinterher. Der Kontinent hat viel nachzuholen.

Nicht nur Umweltschützer warnen, dass einige Errungenschaften in der Welt nicht nachhaltig sein könnten. Die Weltbevölkerung wächst (siehe Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2020/03), die Menschen leben durchschnittlich länger, und der Konsum steigt. Natürliche Ressourcen sind erschöpft, das Ökosystem überstrapaziert. Markttransaktionen spiegeln selten die echten ökologischen Kosten wider, und die Frage ist, ab wann ein konsumorientierter Lifestyle nicht mehr zu verantworten ist.

Die globalen Bedingungen für wirtschaftliche Expansion haben sich auch anderweitig verschlechtert. Von populistischen Regierungen geförderter Protektionismus macht es schwierig, wenn nicht unmöglich, dem Beispiel des exportgetriebenen Wachstums zu folgen, von dem viele ostasiatische und einige afrikanische Länder profitierten. Große Ungleichheit kenn-

zeichnet nicht nur die Weltgemeinschaft, sondern auch Weltregionen und sogar einzelne Länder. Viel zu viele Menschen müssen ohne Zugang zu Gesundheitssystemen, formaler Bildung, menschenwürdiger Arbeit und angemessenen Wohnverhältnissen auskommen. Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie wichtig diese Dinge sind. Jene, die keinen Zugang zu diesen Basisleistungen haben, trifft die Krankheit am ehesten.

In den vergangenen Jahrzehnten ist Afrika enorm gewachsen. Sechs der zwischen 2000 und 2020 am schnellsten expandierenden Länder befinden sich in Afrika. Das Wachstum geschah jedoch ungleich – auf dem Kontinent wie innerhalb der Länder. Zudem beruhte es hauptsächlich auf Rohstoffexporten in ein einziges Land: China. Das zeigt, dass afrikanische Staaten wenig Mehrwert schaffen, nicht diversifizieren und es ihnen an Kompetenz fehlt – was sie anfällig für Schocks von außen macht. Sie konnten bislang keinen breit angelegten Wohlstand schaffen; soziale Sicherheitssysteme sind in dieser Weltregion meist schwach. Besonders drastisch ist es da, wo gewaltsame Konflikte und Kriege Entwicklung blockieren.



Wachstum allein löst urbane Infrastrukturprobleme nicht: kleine Läden am Rande Nairobis.

Generell gilt, dass Afrikas Produktivität eher gering ist und die allermeisten Menschen informell beschäftigt sind. Wirtschaftliches Wachstum als solches reicht offenbar nicht aus, um den Kontinent zum Florieren zu bringen (siehe Hans Dembowski im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Volkswirtschaften müssen diversifizieren, und dafür brauchen sie ein förderliches institutionelles Umfeld. Für das Gedeihen formeller Arbeitsplätze bedarf es etwa besserer Sozialleistungen. Menschen brauchen Zugang zu Gesundheit und Bildung, ansonsten können Unternehmen nicht das Maß an qualifizierten Fachkräften aufbauen, um produktiv zu sein.

Der Human Development Index (HDI), den die UNDP auf Basis von Indikatoren wie Gesundheit, Bildung und Einkommen erstellt (siehe Interview mit Achim Steiner, S. 17), belegt, dass Afrika ein ziemlich armer Kontinent ist. Von 36 Ländern mit niedrigem HDI liegen 33 in Afrika.

Statistiken der Weltbank zeigen denselben Trend: 27 der 28 ärmsten Länder der Welt liegen im südlichen Afrika. In Asien wurde Armut schnell gesenkt, in Afrika ist sie hingegen gestiegen. Die Weltbank vermutet, dass die Anzahl extrem armer Menschen (mit einer Kaufkraft unter 1,90 Dollar

pro Kopf) von 278 Millionen im Jahr 1990 auf 413 Millionen bis 2015 stieg. Sie prognostiziert, dass 90 Prozent der Armen der Welt bis 2030 in Afrika leben.

Solche Zahlen sind alarmierend und verdeutlichen, dass Afrika Entwicklung braucht: Die Länder müssen rasch ihre Volkswirtschaften diversifizieren und fähige öffentliche Institutionen einrichten, denn ungeplanter, chaotischer Wandel vollzieht sich rasant. Massen von Menschen ziehen in die Städte. Schätzungen zufolge verdoppelt sich Afrikas Bevölkerung zwischen 2010 und 2030 von 400 auf 800 Millionen Menschen – und bis 2050 um weitere 400 Millionen auf 1,2 Milliarden. Es ist beunruhigend, wie wenig dafür getan wird, Infrastrukturen und soziale Dienstleistungen aufzubauen, die lebenswerte Städte brauchen. Zugleich fehlt auch ländlichen Gegenden die Infrastruktur – nur werden diese von der Politik noch weniger beachtet. Handeln ist gefordert, und wirtschaftliches Wachstum allein reicht nicht.

Nur auf Wachstum ausgerichtete Politik ist aus zwei weiteren Gründen falsch:

- Das BIP zählt nur monetäre Transaktionen. Nicht-monetarisierte Wertschöpfung – etwa durch Subsistenz-Landwirtschaft oder Pflegetätigkeit innerhalb der Familien – spielt im Leben der Menschen eine große

Rolle, bildet sich aber nicht in wirtschaftlichen Statistiken ab.

- Das Pro-Kopf-Einkommen bildet nicht die enorme Ungleichheit von Einkommen und Wohlstand ab. Oft misst es lediglich den Fortschritt wohlhabender Städter und suggeriert, alle profitierten davon – selbst wenn Arme tatsächlich wenig besser oder gar schlechter leben. Dem UNU-WIDER (World Institute for Development Economics Research) zufolge erwirtschaften die unteren 50 Prozent weniger als zehn Prozent des nationalen Einkommens in Afrika, die oberen zehn Prozent hingegen mehr als 50 Prozent.

QUELLE

Kanbur, R., Noman, A. und Stiglitz, J. E., 2019: *The quality of growth in Africa*. New York, Columbia University Press.



BELAY BEGASHAW
ist Generaldirektor des Zentrums für Nachhaltige Entwicklungsziele für Afrika (SDGC/A) in Kigali, Ruanda.

Im Zuge einer unabhängigen Evaluierung nach Mitarbeiterbeschwerden ist er derzeit freigestellt. Unabhängig vom Ausgang der Evaluierung hält die Redaktion seinen Essay für stimmig.

bejigu@yahoo.com

ENTWICKLUNGSDISKURS

Untragbarer westlicher Exzeptionalismus

Wir haben nur einen Planeten. Daher sind die Verbrauchs- und Abfallmengen in Westeuropa und Nordamerika nicht überall möglich. Die Idee von Entwicklung muss entwestlicht werden.

Von **Ndongo Samba Sylla**

Der Begriff „Entwicklung“ hat eine lange und problembeladene Geschichte. Vor dem Ersten Weltkrieg behaupteten die Kolonialmächte, Zivilisation in die von ihnen kontrollierten Regionen zu bringen und sie „zu entwickeln“. Als Modell für eine erfolgreiche Entwicklung diente der Westen. Ziel war es, wirtschaftliches Wachstum und – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – repräsentative Demokratie zu fördern. Das Versprechen lautete, dass die westliche Lebensweise nicht nur wünschenswert, sondern auch erreichbar sei. Das ist ein Mythos, wie der brasilianische Ökonom Celso Furtado schon vor langer Zeit betonte. Dennoch klammern sich sowohl bilaterale als auch multilaterale Hilfsorganisationen immer noch daran.

In Wahrheit werden „Entwicklungsländer“ nie denselben Lebensstandard wie „entwickelte Länder“ erreichen. Das liegt nicht an ethnischen, kulturellen oder institutionellen Unterschieden. Ein Aufholen ist unmöglich, weil die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas und Nordamerikas schon immer auf „ökologischem Exzeptionalismus“ beruhte. Das ist weiterhin so und kann nicht einfach überall reproduziert werden.

Seit dem Beginn der industriellen Revolution im 18. Jahrhundert hat Westeuropa beträchtliche materielle Fortschritte gemacht. Lange war es das Zentrum des Weltsystems, bis es nach dem Zweiten Weltkrieg die Führung an Nordamerika übergab. Für die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika würde das Erreichen des Lebensstandards, den ein durchschnittlicher Europäer oder Nordamerikaner genießt, ein ähnliches Maß an Konsum bedeuten – oder

genauer gesagt: Verschwendung globaler Ressourcen. Das ist schlicht unmöglich. Wenn alle Bewohner der Erde so viel konsumieren würden wie ein durchschnittlicher EU-Einwohner, bräuchten wir 2,8 Planeten, stellte der WWF 2019 fest. Wir haben aber nur einen. Nach Angaben der internationalen Umweltschutzorganisation beherbergt die EU nur sieben Prozent der Weltbevölkerung, verbraucht aber fast 20 Prozent der Biokapazität des Planeten.

Bedeutet die Unmöglichkeit des Aufholens, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung zu einem Leben in Armut und unter der Last der Ungleichheit verdammt ist? Nein, ganz und gar nicht. Die angemessene Schlussfolgerung ist, dass der ökologische Exzeptionalismus der westlichen Zivilisation nicht tragfähig ist. Er kann nicht das Modell für den Rest der Welt sein.

Es wird nicht einfach sein, die Idee von Entwicklung vom Materialismus zu befreien. Es muss mehr getan werden, als nur politisch korrekte Adjektive wie „nachhal-

tig“, „inklusiv“ oder „armutsorientiert“ zum Substantiv „Entwicklung“ hinzuzufügen.

Das heißt nicht, dass wir die Leitprinzipien der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) fallenlassen sollten. Sie beinhalten, „niemanden zurückzulassen“, „den Hunger zu beenden“ und „öffentliche Gesundheit zu sichern“. Sie sind gültig, aber nichts davon kann erreicht werden, wenn man jedes Land in so etwas wie Deutschland, Frankreich oder die USA verwandelt.

Die Idee von Entwicklung muss entwestlicht werden. Wir brauchen eine andere Zivilisation. Sie muss auf dem vernünftigen Management von Umweltressourcen, Solidarität zwischen den Völkern der Welt und – was am wichtigsten ist – auf der Gleichheit aller Menschen beruhen. Trotz der drängenden Herausforderung des Klimawandels sind die Anfänge einer solchen politisch-ethischen Revolution auf der ganzen Welt sichtbar. Es ist ermutigend zu sehen, wie die Statuen, die das Vermächtnis der Sklavenhändler und imperialistischen Unterdrücker feiern, in vielen Ländern, insbesondere in Westeuropa und Nordamerika, fallen.



NDONGO SAMBA SYLLA ist Programm- und Forschungsleiter im Westafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dakar.

Twitter: @nssylla



Am 7. Juni rissen Demonstranten in Bristol die Statue des Sklavenhändlers Edward Colston nieder und warfen sie später in den Hafen.

„ENTWICKLUNG“

Falsche Versprechen, fragwürdiger Begriff

Westliche Entwicklungsversprechen sind widersprüchlich und unerfüllbar. „Entwicklung“ ist ein Begriff, der koloniales Herrschafts- und Überlegenheitsdenken fort-schreibt. Von Technokraten ersonnene Entwicklungsstrategien entsprechen oft nicht der Lebenswirklichkeit der Menschen, deren Situation sie verbessern sollen.

Von Julia Schöneberg und Aram Ziai

Ursprünglich kommt der Begriff „Entwicklung“ aus der Biologie und beschreibt evolutionäre Prozesse. Die Entwicklungspolitik wendet ihn auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Umstände an. Dabei wird „Entwicklung“ als linearer Reifeprozess zur Erreichung eines Idealzustands verstanden. Diese normative Bedeutung hat er, seit US-Präsident Harry Truman 1949 die

„Entwicklung“ der „Unterentwickelten“ als zentrales Ziel der Außenpolitik benannte.

Wer einen Begriff kritisieren will, braucht eine eindeutige Definition. Da fangen die Probleme schon an. Denn in den vergangenen 70 Jahren wurde der Entwicklungsbegriff mit unterschiedlichen, manchmal widersprüchlichen Bedeutungen gefüllt.

Der Reigen reicht von Modernisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen und ihrem Fokus auf Industrialisierung und Wirtschaftswachstum über die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse (Grundbedürfnisstrategie) und Armutreduktion (Millennium Development Goals – MDGs) bis hin zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Die SDGs proklamieren „Entwicklung“ global und nehmen

auch die Industrieländer in den Blick: alle Staaten

müssen sich demnach weiterentwickeln und sollen in ihrem jeweils spezifischen Kontext zur Erreichung der globalen Ziele beitragen. Stets jedoch beschrieb der Entwicklungsbegriff Defizite und verordnete Interventionen.

KOLONIALE PRÄGUNGEN

Folgende Aspekte kennzeichnen den Diskurs:

1. „Entwicklung“ gilt als normativ gut und universell erstrebenswert. Der Begriff verheißt Wohlstand und Konsum nach westlichem Vorbild. Dabei wird ausgeblendet, dass Entwicklungsprojekte oft negative Folgen für die Betroffenen haben. Selbst gutgemeinte Interventionen schwächen oft soziale Gefüge und lokale Wirtschaftsstrukturen. Dadurch entstehen Abhängigkeiten und Verwundbarkeit. Infrastrukturprojekte wie Staudämme haben beispielsweise Vertreibung, Umsiedlung und Entzug der Lebensgrundlage zur Folge. Nach Schätzungen verlieren hierdurch jährlich etwa 10 Millionen Menschen ihre Heimat – im Namen der „Entwicklung“ (vgl. Peripherie Nr. 154/155, siehe hierzu auch Beitrag von Korinna Horta, S. 24).

2. Im Entwicklungsapparat verfügen nur Personen mit westlicher Bildung über legitimes Expertenwissen. Lokales und indigenes Wissen zählt meist nichts. Allerdings haben die Angestellten des Entwicklungsapparats selbst oft nur vage Vorstellungen von der Wirklichkeit der Gesellschaften, in die sie eingreifen. Typischerweise beherrschen sie nicht einmal die Sprache der Einheimischen.

3. Entwicklungspolitisches Handeln ist folglich typischerweise ein Eingriff in als fremd definierte Gesellschaften und Kulturen. Das Versprechen auf „Entwicklung“ lässt die Eingriffe nötig und sogar moralisch geboten erscheinen. Das Problem globaler Ungleichheit wird dabei so dargestellt, als ob technische Projekte und unpolitische Programme es beheben könnten. Aus dem Blick geraten dabei Machtverhältnisse in einem Land – wie etwa die Landverteilung – und weltweit im globalen Kapitalismus.

4. Als Idealzustand gilt der Lebensstandard des Westens. Andere Gesellschaften gelten ihm gegenüber als rückständig, womit die koloniale Denkweise fortbesteht.



US-Präsident Harry Truman (rechts) erklärte „Entwicklung“ der „unterentwickelten Länder“ im Kalten Krieg zum Ziel der Außenpolitik: Staatsbesuch des indischen Premiers Jawaharlal Nehru 1949 in Washington.

Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt oder der Human Development Index der UN unterstellen, „gutes Leben“ sei messbar. Aspekte wie Gastfreundschaft, Rassismus oder eine imperiale Produktions- und Konsumweise, die auf billige Arbeit und Rohstoffe aus anderen Ländern angewiesen ist, werden nicht erfasst.

Den Entwicklungsdiskurs prägt ein eurozentrischer Paternalismus. Entwicklungsrhetorik ist vielfach von kolonialen Sichtweisen und Herrschaftsverständnissen geprägt. Die kritische Wissenschaft stellt deshalb das ganze Narrativ mit Europa im Zentrum in Frage. Die Forschung beweist, dass die gegenwärtige globalisierte Weltordnung historisch auf Kolonialismus, Imperialismus und Sklaverei beruht. Festzuhalten ist selbstverständlich auch, dass viele Entwicklungsprojekte so konzipiert werden, dass sie den Interessen der Geldgeber im globalen Norden entsprechen.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Schere zwischen Arm und Reich wird jährlich größer – und zwar trotz Erfolgen, etwa im Bereich der Alphabetisierung oder Müttersterblichkeit. Auch wird angesichts der Klimakrise immer deutlicher, dass selbst in westlichen Ländern die heutige Konsumgesellschaft alles andere als nachhaltig ist. Je mehr Länder dieses Modell kopieren, umso weniger ist globale Nachhaltigkeit überhaupt denkbar.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) beanspruchen, den Wechselwirkungen zwischen Mensch, Gesellschaft, Natur und Umwelt gerecht zu werden. Sie scheitern allerdings an Widersprüchen. Das Wachstumsziel von SDG 8 ist mit weltweiter Nachhaltigkeit schlicht unvereinbar. Dennoch zielt die europäische Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik auf ökonomisch verstandenen Erfolg ab. Solange das Wachstumsparadigma gültig bleibt, kann „Entwicklung“ nicht zu Nachhaltigkeit führen. Schlimmer noch, sie legitimiert dann den Raubbau an der Natur.

Alternativen zum westlichen Lebens- und Wirtschaftsmodell existieren jedoch. Eine von Ashish Kothari und anderen (2019) herausgegebene Essaysammlung „Pluriverse – A post-development dictionary“ (Kothari et al, 2019) stellt eine Vielzahl von Weltanschauungen aus verschiedenen Teilen der Welt vor. Sie haben grundlegende

Gemeinsamkeiten hinsichtlich dessen, was sie für ein „gutes Leben“ halten: zwischenmenschliche Solidarität statt permanentem Wettbewerb, Verbundenheit von Mensch und Natur, Selbstbestimmung von Gemeinschaften und Gesellschaften. Alle kritisieren die Übernutzung von Ressourcen und den



Koloniale Dominanzvorstellungen leben fort: deutscher Offizier in Ostafrika um 1910.

unkritischen Glauben an Fortschritt und Wachstum, also die Fehlentwicklungen, die unser geologisches Zeitalter zum vom Menschen bestimmten „Anthropozän“ machen.

ALTERNATIVEN ZUR „ENTWICKLUNG“

Wenn das Ziel von „Entwicklung“ jemals die Überwindung von Armut und globaler Ungleichheit war, so sind Vision und Praxis grandios gescheitert. Was nun notwendig ist, ist ein radikaler Wandel, der historisch bedingte Ursachen globaler Ungleichheit in den Blick nimmt. Lösungsansätze müssen systemischer und struktureller Art sein. Gurinder K. Bhambra (2014, 119), Professorin für Postkoloniale Studien an der University of Sussex, bringt es auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Die untrennbare Verflechtung der Rhetorik der Moderne (Fortschritt, Entwicklung, Wachstum) und der Logik der Kolonialität (Armut, Elend, Ungleichheit) muss im

Mittelpunkt jeder Diskussion über die gegenwärtigen globalen Ungleichheiten stehen.“

Ein Fokus auf globale strukturelle Ungleichheiten setzt Veränderungen im globalen Norden voraus. Das aktuelle Konsumniveau und der bestehende Hegemonieanspruch verstetigen Ungerechtigkeiten. Koloniale Kontinuitäten sind eine zentrale Ursache der Machtasymmetrie von Nord und Süd. Konkrete Ansätze für eine fairere globale Ökonomie hat beispielsweise Jason Hickel (2017) formuliert (s. Sabine Balk im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2018/11). Dazu gehören die Demokratisierung der globalen Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF), globale Steuergerechtigkeit und -transparenz, fairer Handel und faire Löhne, Schuldenerlass für hochverschuldete Länder sowie eine armenfreundliche Neuregulierung von Pharma- und Agrarpatenten.

Eine Reform oder Erweiterung des Begriffs „Entwicklung“, wie im Fall nachhaltiger Entwicklung, greift zu kurz, solange unsere Welt von Konkurrenz und Überlegenheitsdenken geprägt ist. Um globale Ungleichheit zu überwinden, müssen Gerechtigkeit und Solidarität zu Leitbegriffen werden.

LITERATUR

- Bhambra, G.K., 2014: Postcolonial and decolonial dialogues. In: *Postcolonial Studies*, Vol. 17, Issue 2, pages 115–121.
- Hickel, J., 2017: *The divide. A brief guide to global inequality and its solutions*. London, Penguin Random House.
- Kothari, A., et al., Hg., 2019: *Pluriverse – A post-development dictionary*. New Delhi, Authors UpFront.
- Peripherie, 2019: *Vertreibung durch Entwicklungsprojekte*. Heft Nr. 154/155, 39. Jg. 2019.



ARAM ZIAI
ist Professor für
Entwicklungspolitik und
Postkoloniale Studien an der
Universität Kassel.

ziai@uni-kassel.de



JULIA SCHÖNEBERG
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin im DFG-Projekt
„Theorizing Post-
Development“ an der

Universität Kassel.

julia.schoeneberg@uni-kassel.de

INFRASTRUKTURPROJEKTE

Der Preis für Entwicklung

Um Platz für große Entwicklungsprojekte zu schaffen, werden oft ganze Gemeinden vertrieben. Die Weltbank unterstützt viele solcher Projekte, erfüllt aber ihre eigenen Standards nicht, die Betroffenen angemessen zu entschädigen.

Von Korinna Horta

Groß angelegte Entwicklungsprojekte wie Staudämme, Kraftwerke, Bergwerke und Transportkorridore sollen ganzen Volkswirtschaften zugutekommen. Es gibt jedoch zahlreiche Belege dafür, dass schutzbedürftige Gemeinden dafür einen hohen Preis zahlen.

Vertreibung bedeutet unsägliches Leid, Verarmung und die Zerstörung ganzer Gemeinschaften. Obwohl die Bank seit Jahrzehnten verspricht, die Auswirkungen auf Vertriebene zu minimieren, setzt sich die Enteignung fort.

Große Infrastrukturprojekte erfordern viel Land. Selbst für harmlos klingende Projekte wie die Modernisierung städtischer Armenviertel, die Anpflanzung von Wäldern zur Aufnahme von Kohlenstoff und die Schaffung von Schutzgebieten für Biodiversität werden große Landflächen gebraucht. Meist leben dort bereits Menschen, deren Lebensunterhalt vom Land abhängt. Unter Vertreibung leiden Frauen, Kinder und indigene Völker unverhältnismäßig stark.

Ihre Armut wird verschlimmert, nicht gemindert.

Die Gesamtzahl der von Entwicklungsprojekten vertriebenen Menschen – ob von der Weltbank unterstützt oder nicht – ist nicht bekannt. Verlässliche Statistiken zu diesem Thema werden nicht erstellt. Meist wird eine Schätzung von 15 Millionen Menschen pro Jahr zitiert. Michael Cernea, Entwicklungssoziologe und führender Forscher zum Thema Zwangsumsiedlung, lieferte diese Zahl 2007 in seiner Analyse „Can compensation prevent impoverishment?“.

Cernea verfasste den ersten Maßnahmenkatalog der Bank zur Entschädigung von Opfern unfreiwilliger Umsiedlungen, der 1980 verabschiedet wurde. Er fordert, Umsiedlungen möglichst zu vermeiden, und verlangt, dass Menschen danach nicht schlechter gestellt werden (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/07).

Zwangsumsiedlungen und Räumungen, die kaum kompensiert werden, sowie die Androhung solcher Räumungen geschehen jedoch trotz massiver Proteste weiter. Entlang des indischen Narmada-Flusses beispielsweise gibt es seit über 30 Jahren Proteste gegen Staudämme, die ganze Dörfer überfluten würden.

Angesichts der Proteste setzte die Weltbank eine Kommission ein, die ihre

Beteiligung an den Narmada-Staudämmen untersuchte. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Bank gegen ihre eigene Politik zu Zwangsumsiedlungen verstieß. 1993 wurde der Inspektionsausschuss der Bank eingesetzt, der Beschwerden im Zusammenhang mit Weltbankprojekten untersuchen soll. Laut einem Bericht des Ausschusses von 2016 betrafen mehr als zwei Drittel der Beschwerden unfreiwillige Umsiedlungen.

Diese Beschwerden sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Auswirkungen von Vertreibungen sind nach wie vor schlecht dokumentiert. Massive Machtungleichgewichte sowie Unterdrückung, große Entfernungen und Erschöpfung, die durch den täglichen Kampf ums Überleben verursacht werden, machen Protest schwierig und gefährlich.

2015 schätzte das International Consortium of Investigative Journalists, dass von 2004 bis 2013 in den von der Weltbank unterstützten Projekten 3,4 Millionen Menschen physisch oder wirtschaftlich vertrieben wurden. Die Bank versäumte nicht nur, Vertriebene angemessen zu entschädigen, sie wusste auch nicht über ihren Verbleib Bescheid.

Seither hat die Weltbank die Verantwortung für die Einhaltung der Sozial- und Umweltstandards ihrer Projekte verstärkt auf die Kreditnehmer verlagert. Erfahrungsgemäß verbessert sich die Situation dadurch kaum. Regierungen von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind tendenziell bereit, das Wohlergehen marginalisierter Gemeinschaften zugunsten von „Entwicklung“ zu opfern.

Als die UN ihre Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf den Weg brachten, versprachen sie, dass „niemand zurückgelassen wird“. Null Toleranz für Projekte, die Menschen ohne angemessene Entschädigung umsiedeln, wäre ein guter Anfang.

LINK

International Consortium of Investigative Journalists: <https://www.icij.org/investigations/world-bank/how-world-bank-broke-its-promise-protect-poor/>



KORINNA HORTA ist eine unabhängige Wissenschaftlerin und Forscherin an der Universität von Lissabon.

korinna.horta@gmail.com



Landbewohner in Indien protestieren dagegen, dass ihr Dorf 2012 wegen des Omkreswahr-Staudamms am Narmada-Fluss überflutet wurde.

BUEN VIVIR

Das gute Leben

In den Andenländern Lateinamerikas ist das Prinzip des Buen Vivir oder Sumak Kawsay (übersetzt etwa: gutes Leben, Leben in Harmonie) als Alternative zur westlichen Entwicklungsvorstellung entstanden. Dieses leitet sich aus der Weltanschauung der indigenen Völker ab und zielt, vereinfacht dargestellt, auf materielle, soziale und spirituelle Zufriedenheit für alle Mitglieder der Gemeinschaft, jedoch nicht auf Kosten anderer und der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Regierung des linksgerichteten Präsidenten Rafael Correa in Ecuador machte Buen Vivir 2008 mit einer neuen Verfassung sogar zur Staatspolitik. Heute hat das Konzept an Bedeutung verloren.

Von Philipp Altmann

In den staatlichen Entwicklungsplänen (von 2009 bis 2013 und 2013 bis 2017) waren die indigenen Völker weitgehend abwesend. Sie dienten allein der Symbolik und der Legitimation der Regierungspolitik. Es gab zwar überall den Hinweis, dass das Buen Vivir indigenen Ursprungs sei, doch die konkreten indigenen Inhalte wurden nie erläutert. Dabei sind Varianten des Buen Vivir in den Texten der Indigenenbewegung seit den

1930er Jahren nachweisbar. Seit den 1980er Jahren verbanden die Indigenenaktivisten das Buen Vivir auch mit Forderungen nach territorialer Autonomie innerhalb des plurinationalen Staates.

Mitverursacht durch diese Widersprüchlichkeiten trennten sich nach der Verfassung von 2008 drei Hauptlinien des Buen Vivir:

1. die indigene, die sich auf Autonomie und Selbstbestimmung bezieht,
2. die staatliche, die auf inklusive Entwicklung und Menschenrechte ausgerichtet ist, und
3. die wachstums- und entwicklungs-kritische um Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta und einige andere, die Erdölförderung ablehnen.

Diese drei Richtungen entwickelten sich unterschiedlich, standen jedoch in stetem Kontakt miteinander.

Die indigene Version des Buen Vivir hat die klarste Definition und längste Entwicklung. Erste Formulierungen des Konzepts waren seit den 1930ern auf eine Politisierung der indigenen Identität ausgerichtet, wie der kürzlich verstorbene Aktivist Benjamín Inuca nachgewiesen hat. Seit den 1990ern fordern Indigene territoriale Auto-



nomie, Plurinationalität und Interkulturalität. In diesem Sinne entspricht das indigene Buen Vivir einer selbstbestimmten, lokalen Entwicklung, die kulturelle Eigenheiten respektiert und von der Zivilgesellschaft und den Organisationen vor Ort – und nicht dem Staat – ausgeht. Daher wird die Ausbeutung von Bodenschätzen tendenziell abgelehnt.

Im Zuge der Proteste von Oktober 2019 gegen die Regierung, an dem sich auch 20 000 Angehörige der indigenen Völker beteiligten, wurde der Begriff nur selten verwendet. Stattdessen wurden andere Begriffe bevorzugt, etwa die Plurinationalität oder das Kawsay Sacha (etwa: lebender Urwald), das von der Sarayaku-Kichwa-Aktivistin Patricia Gualinga auch international verbreitet wird.

POLITISCHE AUFBRUCHSTIMMUNG

Die staatliche Interpretation des Buen Vivir hat ihren Ursprung in der politischen Auf-



Indigene Gemeinde in Ecuador beim gemeinsamen Mahl.

bruchsstimmung, die mit der Regierung von Rafael Correa und der Verfassungskgebenden Versammlung ab 2007 einsetzte. Die Regierungspartei Alianza PAIS verstand sich als linke Sammelbewegung. Die Verfassung und die frühe Regierungspolitik integrierten daher verschiedenste Positionen. Darunter war auch eine entwicklungskritische Strömung um den Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta, den bekanntesten Verteidiger des Buen Vivir weltweit.

Der Kern der staatlichen Fassung ist eine inkludierende und Ungleichheiten abbauende Entwicklung, die Erdöl und Bergbau nachhaltig nutzt und vor allem von den staatlichen Akteuren selbst vorangetrieben werden sollte. Der Staat wird dabei als einheitlich und zentralisiert aufgefasst, weitergehende Autonomien oder lokale Eigenständigkeit werden also ausgeschlossen. Der Versuch René Ramírez' 2009 und 2010, als Vorsitzender der staatlichen Planungsbehörde einen Sozialismus des Buen Vivir zu definieren, gelang nicht, unter seinen Nachfolgern verlor der Begriff seine Zentralität. Correas Nachfolger seit 2017, Lenín Moreno, hat die Präsenz des Buen Vivir drastisch reduziert: Der aktuelle Entwicklungsplan (2017-2021) trägt den Begriff nicht mehr im Namen, das –nur symbolisch bedeutende – Sekretariat des Buen Vivir wurde geschlossen. „Gutes Leben“ ist seitdem nicht mehr Regierungspolitik.

Die Krise des staatlichen Buen Vivir begann um das Jahr 2013. In Ecuador trat Correa in diesem Jahr seine dritte Präsidentschaft an, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einem zunehmend autoritären Politikstil geprägt war. Im selben Jahr beendete er offiziell das Yasuní-ITT-Projekt wegen mangelnder internationaler Unterstützung. Yasuní-ITT war der von Acosta mit entwickelte Versuch, ein großes Naturschutzgebiet in der Amazonasregion von der Erdölförderung auszunehmen. Für den Verzicht Ecuadors auf die Exporteinnahmen sollten Industrienationen Kompensationszahlungen leisten. Dies wurde sogar im Bundestag diskutiert, bis die Unterstützung von Yasuní-ITT 2010 auf Druck des damaligen Entwicklungsministers Dirk Niebel fallengelassen wurde. Das Ende dieses einmaligen Projekts bedeutete auch den Verlust eines wichtigen Standbeins des Buen Vivir auf internationaler Ebene.

Nachdem die entwicklungskritische Strömung um Acosta noch 2008 mit der

Regierung gebrochen hatte, endete der Einfluss dieser Gruppe auf die Regierung und das staatliche Buen Vivir verlor an Unterstützung. Acosta trieb das Konzept auf eigene Faust weiter und wurde international sehr aktiv. Er verbreitete ab 2009 auch in englisch- und deutschsprachigen Texten seine Version des Buen Vivir und war auf Konferenzen und mit Vorträgen sehr präsent. In seiner Fassung ist das Buen Vivir ein



Die Sarayaku-Kichwa-Aktivistin Patricia Gualinga.

offenes und unabgeschlossenes Projekt, das zwar von indigenen Kulturen inspiriert ist, aber im Rahmen einer harmonischen Beziehung mit der Natur recht frei interpretiert werden kann.

Diese Strömung lehnt industrielle Entwicklung, Erdölförderung und Bergbau ab. Sie war mit dem Yasuní-ITT-Projekt und mit Debatten um Klimagerechtigkeit, Postwachstum und Entwicklungskritik verbunden. In diesem Zusammenhang wurden ihre Forderungen auch in anderen Ländern aufgegriffen, etwa 2015 in einer Rede des damaligen französischen Präsidenten François Hollande. Ebenso wurden sie auf internationaler Ebene, bei Klimakonferenzen und in den UN diskutiert. Heutzutage ist sie in verschiedene institutionelle Zu-

sammenhänge integriert, etwa die von der UNESCO geförderte Global Citizenship Education.

Ein letzter Höhepunkt der Acosta-Strömung war die Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig. Auf dieser Konferenz, einem Treffpunkt zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen um Fragen der Entwicklungs- und Wachstumskritik, war das Buen Vivir prominent vertreten. Spätere Versuche, etwa die USA-Reise des Sarayaku-Indigenen Franco Viteri 2015 oder die andauernden Reisen, die Acosta mit Grupo Sal durch Deutschland macht, konnten keine größere Wirkung mehr entfalten.

KEINE VOLLKOMMENE KONZEPTIONELLE TRENNUNG

Während die drei Strömungen unterschiedliche Ausrichtungen und Grundlagen haben, sind sie jedoch nicht vollkommen getrennt. Es gibt eine Reihe von Synergien, etwa die Zusammenarbeit aller drei Strömungen im Kampf für das Yasuní-ITT-Projekt. Ebenso gibt es unerschwellige Akzeptanz, vor allem zwischen der Version der Indigenenbewegung und der entwicklungskritischen Version. Die Konflikte entwickelten sich vor allem um die Frage der Rolle des Staates: Während die Indigenenbewegung den europäisch geprägten Staat ablehnt und die Entwicklungskritiker ihre Hoffnungen tendenziell auf spontane lokale Kooperationen setzten, verstand der Staat das Buen Vivir als eine konkrete Form von Politik.

Das Buen Vivir war ein neuartiger Begriff, der Verbindungen mit verschiedenen Diskursen herstellen konnte. In seiner Hochphase zwischen 2009 und 2013 war er Plattform für eine Reihe interessanter Initiativen. In den Jahren danach wurde er aber als Regierungspolitik zugunsten traditionellerer Ansätze verdrängt und verlor seine Anziehungskraft für die Wissenschaft und soziale Bewegungen. Das Buen Vivir selbst hat viel von seiner Relevanz verloren – aber Kämpfe möglich gemacht, die es so sonst nicht gegeben hätte.



PHILIPP ALTMANN
ist Professor für
Soziologische Theorie an der
Zentraluniversität von
Ecuador in Quito.

philippaltmann@gmx.de

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Weshalb Steuern wichtig sind

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll nachhaltige Entwicklung fördern. Da sie sich gelegentlich als dysfunktional erweist, werden neue Ansätze erprobt. EZ darf sich nicht negativ auf die Qualität der Regierungsführung auswirken.

Von Hildegard Lingnau und Julia Schnatz

Öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) umfasst aus dem Ausland finanzierte Programme, die Entwicklungsländern helfen sollen, sich zu entwickeln. Ziel ist eine „nachhaltige Entwicklung“, was bedeutet, dass die Volkswirtschaften wachsen und umfangreichen Wohlstand sichern sollen, ohne dabei die Umwelt zu zerstören.

Leider behindert EZ nachhaltige Entwicklung bisweilen. Der Grund: ODA ist in sich widersprüchlich und funktioniert nur zu einem bestimmten Grad. Was Lebenserwartung und Alphabetisierung betrifft, gab es international spektakuläre Fortschritte (siehe die Rezension von Hans Roslings Buch „Factfulness“ im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2018/09). Die Unterstützung armer Länder durch reichere Länder mag zwar bürokratisch sein, hat aber gewiss zu den Erfolgen beigetragen. Gleichzeitig

kann sie aber auch Abhängigkeiten und falsche Anreize schaffen, die den Weg zu nachhaltigem Wohlstand behindern – und das passiert leider auch.

Der kenianische Ökonom James Shikwati kritisiert die konventionelle ODA scharf. Sie unterstütze instabile Regime, „während Korruption und Veruntreuung von Geldern gedeihen“. Berichte aus anderen Ländern stützen seine Ansicht. Shikwati mahnt, ODA finanziere nicht nur enorme Bürokratien, sondern lehre die Afrikaner zudem, „Bettler zu sein statt unabhängig“. Shikwati fordert ein Ende der EZ.

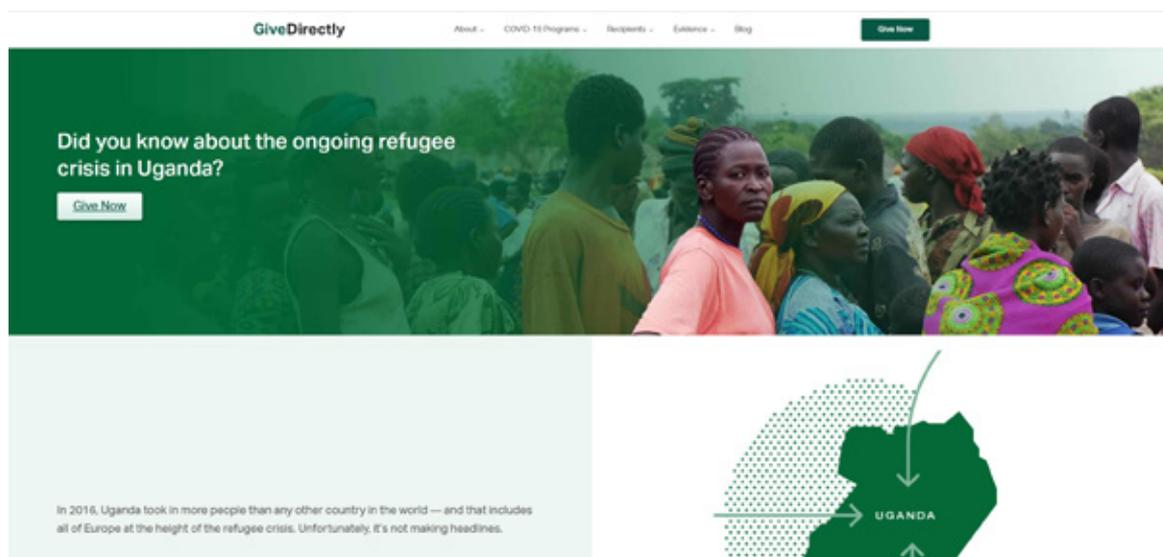
Andere Ökonomen halten die Berichte über Erfolge in der Armutsbekämpfung für übertrieben. Laut Andy Sumner vom King's College in London herrscht die größte extreme Armut heute in Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen das Durchschnittseinkommen schnell steigt. Viele Menschen würden dabei abgehängt, und die Durchschnittswerte spiegeln vor allem die Gewinne derer mit den höchsten Einkommen wider. Sumner zufolge lebt mindestens die Hälfte der Armen dieser Welt in Ländern, deren Regierungen in der Lage wären, ihre Bevölkerung aus extremer Armut zu befreien.

2019 wurden 109 Länder in die mittlere Einkommensklasse eingestuft – ein Rekord. In vielen dieser Länder ist Armut jedoch weiterhin weit verbreitet, und die Ungleichheit nimmt weiter zu. Nachhaltige Entwicklung ist das nicht.

Einige Länder haben tatsächlich Fortschritte gemacht – China, Ruanda und Vietnam etwa –, viele andere aber trotz starken Wirtschaftswachstums nicht.

Kenia ist dafür ein gutes Beispiel. Zwischen 2010 und 2017 wuchs die Wirtschaft mit einer robusten Jahresdurchschnittsrate von 5,9 Prozent. 2014 erhielt Kenia den Status eines Landes mit mittlerem Einkommen. Eine große Einkommensungleichheit besteht jedoch unverändert seit Kenias Unabhängigkeit im Jahr 1963. Das Land wird nicht gut regiert, und mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist weiterhin extrem arm (siehe Kasten nächste Seite). Die Regierung interessiert sich zu wenig für die Grundbedürfnisse und überlässt es gerne ausländischen Entwicklungsorganisationen, sich darum zu kümmern.

ODA kann jedoch keine staatlichen Maßnahmen ersetzen und soll langfristig ohnehin überflüssig werden und durch eigene Ressourcen ersetzt werden. Daher fordern internationale Abkommen zur Entwicklungsfinanzierung, dass alle Länder mehr Steuereinnahmen erzielen sollen (siehe Interview mit Stefanie Rauscher im Schwerpunkt des E+Z/D+C-e-Papers 2018/01). Dieser Ansatz hat in den vergangenen Jahren immer verstärkt Zuspruch gefunden, aber es kann und sollte mehr getan



GiveDirectly ist günstig, unbürokratisch und hilft armen Menschen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

werden (siehe Dereje Alemayehu im Schwerpunkt des E+Z/D+C-e-Papers 2018/01).

Staatliche Organisationen sind enorm wichtig, das bestätigen auch Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), eines Think-and-Do-Tank wohlhabender Nationen. ODA ist dann am erfolgreichsten, wenn sich die Geber an die Prinzipien halten, die in etlichen hochrangigen Treffen zur Wirksamkeit von EZ festgelegt wurden – zuerst 2003 in Rom, und vor allem 2011 in Busan (siehe Aufsatz von Peter Lanzet in der Tribüne des E+Z-e-Papers 2017/02). Die wichtigsten sind:

- politische Eigenverantwortung der Entwicklungsländer,
- Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht,

- Konzentration auf Ergebnisse und
- inklusive Partnerschaften.

ENTWICKLUNG VON KAPAZITÄTEN

Diese Grundsätze dienen dazu, inländische Kapazitäten in Entwicklungsländern zu entwickeln – leider berücksichtigen Entwicklungsorganisationen sie oft nicht genug. Regierungen in Entwicklungsländern fehlt somit oft der Anreiz, die Steuern zu erhöhen. Wenn es keinen politischen Willen gibt, eigene Probleme mit eigenen Ressourcen zu lösen, ist Fortschritt unwahrscheinlich.

Der Ökonom und Nobelpreisträger Angus Deaton erklärt, warum: „Wirtschaftliche Entwicklung kann es ohne eine Art Vertrag zwischen denen, die regieren, und denen, die regiert werden, nicht geben.“

Steuern stärken diese Bindung, was Ökonomen wie Mick Moore von der Universität Sussex und Odd-Helge Fjeldstad von der Universität Bergen seit mehr als zehn Jahren predigen (siehe Fjeldstad in der Printausgabe von E+Z/D+C 2007/05, S. 202).

Bürger, die Steuern zahlen, wollen wissen, was die Regierung mit ihrem Geld macht. Sie fordern Rechenschaftspflicht, und so gewinnt das politische System an Legitimität – zumindest sofern die Regierungen nachweisen, dass sie die Einnahmen gut nutzen, etwa zum Aufbau von Infrastruktur oder für öffentliche Dienstleistungen.

Ökonomen wie Daron Acemoglu vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) und James Robinson von der Harvard-Universität argumentieren, Entwicklung

Leistungsschwacher Liebling

Trotz seines kürzlich erworbenen Status als Land mittleren Einkommens ist die absolute Armutsrate in Kenia weiterhin hoch – einem Bericht der Weltbank von 2018 zufolge liegt sie bei 36 Prozent. Laut Chronic Poverty Advisory Network, einer Gruppe von Forschern, politischen Entscheidungsträgern, Praktikern und Entwicklungsexperten, entgehen 55 Prozent der kenianischen Haushalte nur vorübergehend der Armut.

Andere Indikatoren zeigen, dass durch Kenias Wirtschaftswachstum die Lebensbedingungen nicht generell besser wurden. Kenia belegt im Index für menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) den 146. Platz von 188 Ländern. Der Gini-Koeffizient – das gängigste Maß für Wohlstandsungleichheit – spiegelt mit einem Wert von 0,552 eine sehr hohe Ungleichheit wider. Das Land hat die Millenniumsentwicklungs-

ziele nicht erreicht und wird auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht erreichen.

Kenias Regierungsführung ist unterdurchschnittlich – im Vergleich zum Durchschnitt Subsahara-Afrikas wie auch zu dem anderer Länder mit mittlerem Einkommen. Bei den Indikatoren der Weltbank für gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung schneidet das Land schlecht ab: Es liegt im unteren Drittel aller Länder. Zudem gibt es Anzeichen für eine Verschlechterung.

Geschätzte 30 bis 50 Prozent des Staatshaushalts landen in den Taschen korrupter Beamter und Politiker. Im Juli 2019 wurden der kenianische Finanzminister und 14 weitere Beamte wegen Finanzverbrechen angeklagt. Die Regierung kümmert sich nicht wirksam darum, der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Ausgrenzung entgegenzuwirken.



Informelle Unternehmen sind in Kenia weit verbreitet: Messerschleifer in Nairobi.

Ungeachtet dessen bleibt Kenia ein Liebling vieler Regierungen und rangiert laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchweg unter den Top 12 der ODA-Empfänger.

Wegen stetiger ODA-Zahlungen hat die kenianische Re-

gierung wenig Anreiz, Steuern zu erheben, um Entwicklung zu finanzieren. Tatsächlich sind Kenias Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stetig gesunken. Laut einem Weltbankbericht von 2018 fielen sie im Geschäftsjahr 2016/2017 auf 17,2 Prozent. hl/js

haben mehr mit der Leistungsfähigkeit politischer Institutionen und sozialer Systeme eines Landes zu tun als mit ODA (siehe Rezension von Rebecca Renz im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2018/08). Um Armut zu verringern, ist gute Regierungsführung wichtiger als Geld. Im schlimmsten Fall kann ODA Good Governance sogar untergraben.

Es gibt einige Beispiele für innovative ODA-Ansätze, die zu besseren Ergebnissen führen können, zum Beispiel:

- Das „ergebnisorientierte Programm“ (Programme for Results, P4R) der Weltbank, das ODA-Zahlungen an Ergebnisse knüpft – inter alia in Kenia, wo das Programm darauf zielt, „to create a stable source of government income through taxation and making efficient use thereof“.
- Multilaterale Organisationen erwägen Direktfinanzierung globaler öffentlicher Güter. Bisher floss das Geld für solche Zwecke durch nationale Regierungen. Studien legen jedoch nahe, dass multilaterale Initiativen weniger politisiert und stärker nachfrageorientiert sind und eher die gewünschten Ergebnisse erzielen. Multilaterale

Organisationen könnten beispielsweise Forschung und Entwicklung unterstützen, um Krankheiten wie Malaria zu bekämpfen, von denen vor allem Entwicklungsländer betroffen sind.

- Giving Directly: Die Ökonomen Armando Barrientos und David Hulmes schlagen eine einfache, aber wirksame Lösung zur Armutsbekämpfung vor, nämlich: Geld direkt an Arme zu geben und sie selbst entscheiden zu lassen, was ihnen hilft, statt auf eine teure und komplexe „Hilfsindustrie“ zu vertrauen. Aus dieser Idee heraus entstand 2011 GiveDirectly, eine gemeinnützige Organisation, die mithilfe von digitaler Technologie Geld an die Ärmsten der Welt vergibt. GiveDirectly ist inzwischen in mehreren ostafrikanischen Ländern aktiv. Geldtransfers erfolgen per Handy und steigern die Kaufkraft armer Familien unmittelbar (siehe auch Bericht zur PEGNet-Konferenz im Monitor des E+Z/D+C-e-Papers 2019/12). Ein GiveDirectly-Transfer kostet weniger als fünf Cent pro Dollar. Das ist ein Bruchteil dessen, was EZ-Agenturen an Transaktionskosten ausgeben. Und durch Umgehung

von staatlichen und anderen Zwischenstrukturen trägt GiveDirectly auch nicht zur Korruption bei.

Die Kritiker der traditionellen Entwicklungshilfe haben ganz offensichtlich ein paar gute Argumente. Statt sie zu beenden, sollte es aber darum gehen, die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern.



HILDEGARD LINGNAU
ist BMZ-Beamtin und
Privatdozentin für
Internationale Beziehungen
an der Universität Siegen. Von

2016 bis 2019 war sie als WZ-Referentin in Kenia tätig. Derzeit arbeitet sie als Deputy Country Director für das World Food Programme in Palästina. Dieser Beitrag gibt ihre persönliche Meinung wieder.

hildegard.lingnau@wfp.org

JULIA SCHNATZ

arbeitet für das Center for Public Impact, eine von der Boston Consulting Group gegründete gemeinnützige Organisation.

julia.schnatz@geh.ox.ac.uk



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



PARTIZIPATION

Wertvoller Fundus

Ein neues Buch stellt partizipative Methoden in Entwicklungsprojekten vor. Es hat das Zeug zum Standardwerk.

Von Frank Bliss

Partizipation ist ein Begriff, der in der Entwicklungspolitik besonders häufig benutzt wird – allerdings auch besonders oft zu Missverständnissen führt. Denn die Verwendung partizipativer Methoden bei der Erhebung von Planungsdaten für ein Entwicklungsprojekt wird oft mit der tatsächlichen Mitwirkung der beteiligten Bevölkerung verwechselt. Ersteres findet oft, Letzteres eher selten statt. Denn die große Mehrzahl aller Entwicklungsvorhaben wird hinsichtlich ihrer Ziele und des Mitteleinsatzes schon vor der partizipativen Datenerhebung vor Ort beschlossen.

Immerhin findet mehr und mehr partizipative Planung statt, partizipative Methoden kommen also zum Einsatz – jenseits der Frage, ob und wie ein Projekt durchgeführt wird. Um diese partizipativen Methoden geht es in dem Buch „Partizipation und nachhaltige Entwicklung“ von Michael Schönhuth und Maja Tabea Jerrentrup: um ihre Herleitung, Ausarbeitung und besonders um ihre Anwendung.

Im ersten der zehn Kapitel beschäftigen sich Autor und Autorin mit Partizipation als Konzept und wie dieses in den vergangenen Dekaden in der Entwicklungshilfe zu einem Querschnittsthema wurde. Es folgt ein Überblick über die sich immer weiter verfeinernden partizipativen Erhebungs- und Planungsansätze vom schnellen (rapid) und ländlichen (rural) zum allgemeinen partizipativen (participatory) Ansatz (appraisal). Ging es zunächst darum, schnellstmöglich und unter Beteiligung aller wichtigen Akteure Informationen zum Beispiel über die sozioökonomischen Bedingungen in einer ländlichen Region zu bekommen, werden heute partizipative Methoden in praktisch allen entwicklungspolitischen Sachgebieten und Gegebenheiten eingesetzt.

Das Buch stellt auch die Verwendung partizipativer Methoden bei der Umsetzung

von Maßnahmen sowie der anschließenden Evaluierung dar. Hier muss die Leserschaft im Blick behalten, dass Partizipation fast immer nur kleine Details der zuvor zumeist fremdbestimmt beschlossenen Projektdurchführung betrifft und dass ein Evaluator oder eine Evaluatorin letztendlich fast immer alleine über Wertungen entscheidet.

Der Hauptteil des Buches besteht aus einer Methodenlehre zu participatory appraisals im weitesten Sinne. Er ist stark durch persönliche Erfahrungen geprägt und dadurch besonders anschaulich. Das Autorenteam stellt unter anderem partizipative Forschungs- und Beratungsinstrumente vor und behandelt Anwendungsfelder, etwa bei der Arbeit mit Armen, Kindern und Jugendlichen oder Indigenen. Thematische Beispiele sind Landrechte oder der Weg von einer partizipativen Erhebung im Dorf bis zur elektronischen Verarbeitung.

Zwei kurze Kapitel zur Frage von Partizipation und Repräsentation und zu Partizipation und Ethik behandeln wichtige Fragen wie den Schutz besonders gefährdeter Personen im Rahmen partizipativer Prozesse – vor allem Fragen der Anonymisierung – und den Datenschutz.

20 Tipps für die Praxis fassen wichtige technische Hinweise und ethische Erforder-

nisse partizipativer Methoden anwendung zusammen, während Autor und Autorin in „Anstatt eines Schlusswortes“ generell mehr zivilgesellschaftliche Teilhabe einfordern, auf die Grenzen von Partizipation in der repräsentativen Demokratie aufmerksam machen und – bewusst provokativ – mit Blick auf Teilhabe im digitalen Zeitalter auf die Idee der Vergabe politischer Ämter durch Losverfahren hinweisen.

43 Seiten Literaturangaben am Ende ergänzen die in den einzelnen Kapiteln angeführten und kommentierten wichtigsten Quellen und stellen in ihrer Breite und Relevanz einen wertvollen Fundus für die weitere Beschäftigung mit dem Thema dar. Schönhuth und Jerrentrup haben mit „Partizipation und Entwicklung“ den zumindest in deutscher Sprache derzeit besten und einen sicher auf Jahre hinaus aktuellen Beitrag zum Einsatz partizipativer Methoden sowie zur Rolle von Partizipation in der entwicklungspolitischen Praxis beigetragen.

BUCH

Schönhuth, M., Jerrentrup, M. T., 2019: **Partizipation und nachhaltige Entwicklung. Ein Überblick.** Wiesbaden, Springer VS.



FRANK BLISS ist Professor für Ethnologie an der Universität Hamburg und freier entwicklungspolitischer Gutachter.

bliss.gaesing@t-online.de



Eine Frau berichtet aus einer dörflichen Planungsgruppe im Tschad.

Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf www.dandc.eu ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



30. AUGUST 2020

Covid-19 und die Klimakrise sind miteinander verbunden

Die Medien haben die Covid-19-Pandemie als „die schlimmste Krise seit 100 Jahren“ bezeichnet. Das Gleiche gilt für die globale Klimakrise. Tatsächlich weisen die beiden Krisen Ähnlichkeiten auf. Wenn sie gut bewältigt werden, können beide die Widerstandsfähigkeit der Menschheit verbessern.

Von Waldo Soto, Luis Cisternas und Katie Cashman

Die globale Krise um die Covid-19-Pandemie verschärft die Schwäche von Regierungen und das Fehlen eines koordinierten Krisenmanagements. Weltweit steht der Schutz der Wirtschaft dem Schutz von Menschenleben gegenüber – diese beiden Pole bestimmen das staatliche Handeln.

So ähnlich sieht es auch mit der Bekämpfung der globalen Erwärmung aus. Viele betrachten Klimaschutzmaßnahmen als Hindernis für Wirtschaftswachstum. Die Ähnlichkeit zwischen den beiden Krisen ist unbestreitbar, obwohl die Covid-19-Krise bald enden könnte. Das gilt für die Klimakrise sicher nicht.

Unter beiden Krisen haben die am meisten zu leiden, die ohnehin schon zu den Gefährdetsten zählen – entweder wegen ih-

res Alters, einer Erkrankung oder weil sie in einem Staat leben, der sie nicht schützt. Dies ist besonders in Ländern mit hoher Ungleichheit, Armut, schlechten Gesundheitssystemen, Korruption und Misstrauen gegenüber der Regierung der Fall. Loretta Hieber, die UN-Delegierte für Katastrophenvorsorge für den asiatisch-pazifischen Raum, sagte am 22. April: „Die Schwächsten sind von beiden Krisen am stärksten betroffen.“ Die Krisen betreffen alle Menschen, aber gleichzeitig verschärfen sie die Verletzlichkeit derer, die über weniger Ressourcen verfügen.

Nach wissenschaftlicher Definition ist eine Krise durch einen störenden Reiz – eine Überraschung, einen Schock – gekennzeichnet, der Individuen dazu veranlasst, ihr Verhalten neu anzupassen. Solche „Schocks“ können dauerhafte Folgen haben, wie chronischer Stress oder Unterernährung. Bei so einer Krise entwickeln Menschen einen Wunsch nach Problemlösung. Gelingt es ihnen jedoch nicht, das Problem zu lösen, können sie dauerhaft das Vertrauen in die Lösung künftiger Herausforderungen verlieren. Auf diese Weise kann eine Krise als ein Wendepunkt im Leben betrachtet werden, an dem eine Person entweder

ihre Methoden zur Lösung von Problemen erweitert oder mit Methoden endet, die realitätsfremd oder nicht umsetzbar sind. Das gilt auch für Gemeinschaften und Organisationen.

Daher können sowohl die Covid-19-Krise als auch die Klimakrise als Gelegenheit dienen, neue Verhaltensweisen anzunehmen, die verfügbaren Methoden zu erweitern und die Fähigkeit, Probleme zu lösen, zu verbessern. Eine Krise ist vorübergehend, aber was von ihr übrig bleibt, hängt von der Reaktion auf sie ab. Die grundlegende Frage ist, wie die Krise so bewältigt und überwunden werden kann, dass sie zu einer verbesserten Widerstandsfähigkeit führt. Eine grundlegende Antwort scheint die Verringerung der Ungleichheiten in unseren Gesellschaften zu sein, so dass der Schutz aller gewährleistet wird.



waldo@2811.cl

WALDO SOTO
arbeitet bei der Umweltorganisation 2811, die in Deutschland, Chile und Kolumbien aktiv ist.



LUIS CISTERNAS
ist Psychologe bei 2811.

luis@2811.cl



KATIE CASHMAN
ist bei 2811 für Klimapolitik zuständig.

katie@2811.cl

23. AUGUST 2020

Tempel statt Krankenversorgung

Die Anzahl der Corona-Infektionen in Indien hat Anfang August die Schwelle von 2 Millionen überschritten. Schon bald werden es 3 Millionen sein. Bis aus 1 Million 2 Millionen Fälle wurden, hat es in Indien nur 20 Tage gedauert – weniger als in den USA (43 Tage) und Brasilien (27 Tage).

Von Arfa Khanum Sherwani

Die 2 Millionen Infektionen waren nicht nur eine psychologische Marke. Sie zeigten auch das Versagen von Indiens Corona-Politik. Premierminister Narendra Modi rühmt seine Regierung zu Unrecht, Covid-19 besser zu managen als die „entwickelte“ Welt. Das Gesundheitsministerium wertet es als großen Erfolg, die Genesungsrate von Patienten über und die Todesrate unter dem globalen Durchschnitt gehalten zu haben. Aber Epidemiologen sind da anderer Meinung: Ihnen zufolge liegt die geringe Sterblichkeit an der vergleichsweise jungen Bevölkerung Indiens.

Man muss kein Gesundheitsexperte sein, um zu erkennen, dass mehr als 50 000 Tote in nur gut vier Monaten eine schreckliche Bilanz sind – vor allem nach der strikten, übers Knie gebrochenen Ausgangssperre. Modi verhängte am 24. März mit einer Frist von nur vier Stunden einen komplet-



ten Lockdown. Millionen Wanderarbeiter saßen ohne Jobs, Essen oder Unterkunft in den großen Städten fest. Öffentliche Verkehrsmittel fahren nicht mehr. So machten sich Scharen von Menschen zu Fuß auf den Weg in ihre Dörfer. Viele marschierten mehrere Tage lang – und allzu viele starben unterwegs.

In Indien gibt es groben Schätzungen zufolge rund 120 Millionen Wanderarbeiter aus dem eigenen Land. Sie kommen vom Dorf und arbeiten in den großen Städten. Der Lockdown wurde leider nicht dazu verwendet, die Gesundheitsdienste besser auszustatten und mehr zu testen. Die Regierung hat die Entscheidungsgewalt an sich gezogen, aber nicht adäquat auf die Herausforderungen der Pandemie reagiert. Das Leiden in Folge des Lockdown war da-

her größtenteils umsonst. Kaum wurden die Regeln gelockert, breitete sich das Virus rasch aus.

Im August wurde Innenminister Amit Shah positiv getestet. Er kam direkt in eine Privatklinik. Auch andere Politiker steckten sich an, außerdem Bollywood-Star Amitabh Bachchan. Die meisten prominenten Patienten erhalten eine gute medizinische Behandlung. Trotzdem haben zwei Minister im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh Covid-19 nicht überlebt.

Es ist bezeichnend, dass Innenminister Shah in eine Privatklinik gegangen ist. Das öffentliche Gesundheitssystem ist in einem schlechtem Zustand; es wurde lange vernachlässigt. Die große Mehrheit der Inder kann sich aber keine private Versorgung leisten. Rund 90 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind informell oder in der kleinfärerlichen Landwirtschaft beschäftigt.

Modis hindunationalistische Regierung interessiert sich mehr für Identitätspolitik als für soziale Dienstleistungen. Als das Land die Schwelle von 2 Millionen Infektionen überschritt, fand Modi noch die Zeit, den Grundstein für den Rama-Tempel in Ayodhya an der Stelle der 1992 zerstörten Babri-Moschee zu legen (zum Hintergrund siehe auch meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2020/08, Schwerpunkt).



ARFA KHANUM SHERWANI
ist leitende Redakteurin der unabhängigen indischen Website **TheWire**.
Twitter: @khanumarfa

9. AUGUST 2020

Ungewollte Schwangerschaften

Simbabwes Maßnahmen gegen das Coronavirus haben eine unbeabsichtigte Folge: mangels Verhütungsmittel nehmen ungewollte Schwangerschaften stark zu. Auch HIV könnte sich weiter ausbreiten.

Von Jeffrey Moyo

„Sogar Kondome, die früher kostenlos waren, sind in den Dörfern schwer zu finden“,

sagt der 46-jährige Jabulani Zhou aus Mberengwa im Süden Simbabwes. Er hat acht Kinder und erwartet vier weitere, da seine drei Frauen und eine Freundin schwanger sind. Zhou weiß nicht, wie er zwölf Kinder ernähren soll, besonders jetzt, da Simbabwes Wirtschaft abgeflaut ist.

Er ist kein Einzelfall. „Der Kampf gegen ungewollte Schwangerschaften ist für viele Menschen schwierig geworden, da

die Preise für Antibabypillen unbezahlbar sind“, sagt Mucha Shumba vom National Family Planning Council in Mberengwa.

Verhütung ist in Simbabwe zu einer Frage von arm und reich geworden. Antibabypillen sind in privaten Apotheken für einen Preis von einem US-Dollar pro Packung erhältlich – zu viel für viele Simbabwer in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit. Kondome sind fast überall Mangelware.

Verantwortlich für die Bereitstellung von Verhütungsmitteln und Beratung zur Familienplanung ist das Zimbabwe National Family Planning Council (ZNFP), eine unabhängige Behörde, die dem Ministry of Health and Child Care unterstellt ist. Dem ZNFP fehlt das Geld, um ihren Auftrag zu erfüllen.

Frauen tragen die Hauptlast dieses Versagens, sagen Frauenrechtlerinnen. „Der Mangel an Verhütungsmitteln untergräbt die Rechte von Frauen auf reproduktive Gesundheit“, sagt Celesile Sithole von Women of Zimbabwe Arise (WOZA), einer Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Bulawayo, der zweitgrößten Stadt des Landes.

Auch die öffentliche Gesundheit ist gefährdet. „Da Kondome knapp sind, könnte sich nach Covid-19 auch ein Anstieg der HIV-Infektionen zeigen“, warnt Milenia MUSAIGWA vom Zimbabwe National Network of People Living with HIV. Laut UN-

AIDS leben rund 1,3 Millionen Simbabweer mit HIV.

Zudem „gibt es Bedenken, dass Frauen zu unsicheren Abtreibungen gezwungen werden“, um ungewollte Schwangerschaften abzubrechen, erklärt Fungisai DUBE, Exekutivdirektorin von Citizens Health Watch, einer Organisation zur Überwachung der öffentlichen Gesundheit. Ruth LABODE, Vorsitzende des Parliamentary Portfolio Committee on Health, ergänzt: „Es wird davon berichtet, dass ungewollte Teenagerschwangerschaften aufgrund fehlender Verhütungsmittel zunehmen.“

Sexuell aktive junge Frauen und Mädchen haben ein hohes Risiko für ungewollte Schwangerschaften. Laut einem Bericht des simbabwischen Webportals HealthTimes im April 2020 sind mehr als 70 Prozent von ihnen auf orale Verhütungsmittel und Kondome angewiesen, im Gegensatz zu längerfristigen Maßnahmen wie Spiralen.



JEFFREY MOYO
ist ein Journalist aus Harare.

moyjeffrey@gmail.com

2. AUGUST 2020

Mehrfach gebeutelt

Pakistans Mangoproduzenten kämpfen mit diversen Problemen: Klimaveränderungen führen zu Ernteeinbußen, und die Exporte sind wegen der Corona-Krise eingebrochen. Hinzu kommt eine Heuschreckenplage, die die Bäume schädigt – was sich verheerend auf die Ernte im nächsten Jahr auswirken könnte.

Von Syed Muhammad Abubakar

Mahmood Nawaz Shah baut Mangos im Distrikt Tando Allah Yar in der pakistanischen Provinz Sindh an. Über die vergangenen Jahre hat er beobachtet, dass die Früchte aufgrund von Wetterveränderungen immer später reif wurden. „Die Sindhri-Mango, eine beliebte Sorte, wurde immer im Mai reif, aber in diesem Jahr konnten wir im südlichen Sindh erst Ende der ersten Juniwoche ernten“, sagt Shah.

Im Globalen Klima-Risiko-Index 2020 der deutschen Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch, der einstuft, wie stark Länder von Wetterextremen betroffen sind, steht Pakistan auf Platz 5 der Langzeitliste (1999 bis 2018). Die Folgen des Klimawandels machen sich in der Agrarwirtschaft des Landes stark bemerkbar.

Shah berichtet: „Die Temperaturen übersteigen die 50-Grad-Marke. Zusammen mit ungewöhnlichen Windaufkommen beeinflusst das die Größe und Süße der Mangos.“ Bestimmte Regionen der Provinz

Punjab, die für ihre Rekord-Mangoernten bekannt seien, hätten mit Regen und Sturm zu kämpfen gehabt. Die Ernte werde deshalb dieses Jahr wesentlich geringer ausfallen als üblich. Auch eine Verschiebung der Jahreszeiten und Regenmuster beeinträchtigt Shah zufolge die Mangoproduktion.

Doch der Klimawandel ist nicht das einzige Problem: Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass die Exporte stark eingebrochen sind. „Wegen Covid-19 ist die Nachfrage gesunken, und Flüge sind gestrichen worden. Die Luftfracht in den wenigen verbliebenen Maschinen kostete zwei- bis dreimal so viel wie vorher. Und Supermärkte in Großbritannien haben pakistanische Mangos wegen der sehr hohen Preise aus dem Sortiment genommen“, sagt Shah.



Mangoverkauf am Straßenrand in Karachi.

Im vergangenen Jahr hat Pakistan laut dem Handelsverband All Pakistan Fruit & Vegetable Exporters, Importers & Merchants Association (PFVA) 130 000 Tonnen Mangos exportiert, die 90 Millionen Dollar an Devisen einbrachten. In diesem Jahr wurde die Zielvorgabe auf 80 000 Tonnen reduziert. PFVA-Chef Waheed Ahmed erklärt: „Covid-19 trifft die Mangoproduzenten zweifach: Die Kaufkraft der Menschen ist gesunken, und die Preise für Luftfracht sind durch die Decke gegangen und haben die Exporte erschwert.“

Hinzu kommt, dass die Europäische Agentur für Flugsicherheit die staatliche Fluggesellschaft Pakistan International Airlines (PIA) ab Juli für ein halbes Jahr aus der EU verbannt hat. Pakistan hatte zuvor bekanntgegeben, dass 30 Prozent der Piloten gefälschte Fluglizenzen hätten.

Selbst wenn diese Probleme gelöst sein sollten, könnte die Lage nächstes Jahr noch schlimmer sein. Denn im Moment machen sich Heuschrecken über die Mangos her. Sie fressen nicht die Früchte, sondern die Blätter. So schädigen sie die Bäume, was sich dramatisch auf künftige Erträge auswirken könnte. Ahmed betont, dass die Heuschreckenplage mit den Umweltveränderungen zusammenhängt: „Ohne günstige Bedingungen hätten die Heuschrecken sich nicht derartig vermehren können.“



SYED MUHAMMAD ABUBAKAR
ist Umweltjournalist in Pakistan.

s.m.abubakar@hotmail.com

Twitter: @SyedMABubakar



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Folgen

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NBIV30kfrum

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.138 Folge ich 11.167 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 38 Min.
Anyone with a serious interest in our content can currently sign up for a free print subscription
ow.ly/nAWi50BcOwg

#development #globaldev #sustainability #SDGs



Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren



Was dir gefallen könnte

 **Nuti Paolo**
@Nuti_Paolo [Folgen](#)

 **Ryan Thomas**
@My3_Ideas [Folgen](#)

 **Daniel Takriti**
@Qubitica [Folgen](#)

Mehr anzeigen

Trends für dich

Trend in Deutschland
Adele
311.000 Tweets

Trend in Deutschland
#SturmAufDenReichstag
1.200 Tweets

Lass dir nichts Neues entgehen
Wer auf Twitter ist, weiß als Erster Bescheid.

Anmelden [Registrieren](#)

